

1

Bonn, 19. September 1957

Sprecher: Adenauer, Arnold, Bach, von Brentano, Cillien, Eplée, Etzel, Fay, Fricke, Gerstenmaier, Gradl, Gurk, von Hassel, Heck, Hellwig, Johnen, Kiesinger, Krone, Meyers, Gebhard Müller, [Pferdmenges], [Pettenberg], Reinert, Scharnberg, [Schmücker], Schröder, Seidel, Sieveking, Simpfendörfer, Frau Weber, Zimmer.

Aussprache über das Ergebnis der Bundestagswahlen. Verschiedenes.

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 15.30 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ehe ich beginne, glaube ich, daß wir uns alle gegenseitig danken sollten, aber nicht nur uns, sondern auch allen denen, die in so aufopferungsvoller Weise die ganze Zeit hindurch im Wahlkampf so treu und zuverlässig gearbeitet haben.¹ Es wird wohl richtig sein, wenn ein besonders schwungvoller und schriftstellerisch Begabter unter uns schon jetzt beginnt, einen Dank zu entwerfen für alle diese Mitarbeiter im ganzen Lande. Dann möchte ich Ihnen vorschlagen, daß wir nach Möglichkeit versuchen, über unsere heutige Besprechung Verschwiegenheit zu beobachten. Eigentlich war das, was ich gesagt habe, mehr eine Warnung für die Vertrauensseligen, damit sie nicht zuviel sagen über das, was herauskommt. Wir werden zum Schluß unserer Sitzung ein Kommuniqué herausgeben müssen. Ich möchte dringend um eins bitten, daß diejenigen, die gegenüber der Presse solche Bindungen haben, daß ihnen Schweigen unmöglich ist, sich darauf beschränken, nur über die Punkte etwas zu sagen, über die im Kommuniqué gesprochen wird. Das ist ein Vorschlag zur Güte; ich finde ihn sehr anständig. Ich bitte, ihn zu akzeptieren. Wir sollten aber nicht über das sprechen, was nicht im Kommuniqué steht.

Dann obliegt es mir noch, den Herrn Kollegen Seidel² von der CSU herzlich willkommen zu heißen. (*Beifall.*) Sie wissen, daß die CSU einen glänzenden Sieg davongetragen hat. Wir sind ihm von Herzen dankbar als Vertreter seiner Partei.

1 Wahl zum Bundestag am 15. September 1957: CDU 39,7 % (1953: 34,8 %), CSU 10,5 % (8,9 %), SPD 31,8 % (29,5 %), FDP 7,7 % (10,8 %).

2 Dr. Hanns Seidel (1901–1961), seit 1946 MdL Bayern (CSU), 1957–1960 Ministerpräsident. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 344 Anm. 25.

Eine kleine Nebenbemerkung! Ich weiß nicht, warum der Bundestagspräsident sich so ostentativ von mir entfernt. Hier ist sein Platz. Herr Gerstenmaier³, kommen Sie bitte nach vorn. (*Gerstenmaier*: Ich muß schon arbeiten!) Meinen Sie, wir hätten noch nicht gearbeitet?

Es haben sich entschuldigt: Bundesminister Lemmer⁴, Frau Dr. Jochmus⁵ und Frau Brauksiepe⁶. Unser Freund Jakob Kaiser⁷ ist auch nicht in der Lage, an der Versammlung teilzunehmen. Ich bitte Sie, mir die Vollmacht zu geben, Herrn Kaiser einen besonderen Gruß von unserer heutigen Tagung zu übermitteln. (*Beifall.*)

Ich möchte Ihnen vorschlagen, daß wir möglichst bis Mittag fertig werden, weil wir allerhand Sonderbesprechungen heute noch zu führen haben. Endlich möchte ich Ihnen vorschlagen, daß wir unsere Referate insofern teilen, als ich Ihnen ein allgemeines Referat gebe und dann die Herren Dr. Meyers⁸ und Dr. Heck⁹ über ihre Erfahrungen, insbesondere den technischen Teil, im Wahlkampf berichten. Darf ich annehmen, daß Sie damit einverstanden sind.

AUSSPRACHE ÜBER DAS ERGEBNIS DER BUNDESTAGSWAHLEN

Wenn ich beginnen darf, so glaube ich sagen zu müssen, daß unser großer Sieg bei der Wahl, namentlich auf außenpolitischem und damit auch auf wirtschaftspolitischem Gebiete, nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Man muß sich immer wieder klarmachen, was geschehen wäre, wenn wir unterlegen wären. Es ist mir von einem Berichterstatter der „Welt“ in völlig unwahrer Weise eine Äußerung in den Mund gelegt worden, die ich gegenüber einem französischen Journalisten gemacht haben soll, die Sozialdemokratie würde genau dieselbe Außenpolitik führen wie wir, wenn sie siegen würde.¹⁰ Das ist hundertprozentig unwahr. Der Berichterstatter der „Welt“ hatte gehorcht, als ich mit einem französischen Journalisten sprach. Ich

3 D. Dr. Eugen Gerstenmaier (1906–1986), 1949–1969 MdB (CDU), 1954–1969 Bundestagspräsident. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 122 Anm. 31.

4 Ernst Lemmer (1898–1970), 1952–1970 MdB (CDU), 1956–1957 Bundesminister für Post- und Fernmeldewesen, 1957–1962 für gesamtdeutsche Fragen. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 159 Anm. 6.

5 Dr. Hedwig Jochmus (geb. 1899), 1953–1957 MdB (CDU), 1960–1968 MdL Baden-Württemberg. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 921 Anm. 2.

6 Aenne Brauksiepe (geb. 1912), 1949–1972 MdB (CDU), 1968–1969 Bundesminister für Jugend und Familie.

7 Kaiser hatte einen Schlaganfall erlitten. – Jakob Kaiser (1888–1961), 1949–1957 MdB und Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 16 Anm. 54.

8 Dr. Franz Meyers (geb. 1908), 1950–1979 MdL NW (CDU), 1957–1958 MdB, 1958–1966 Ministerpräsident NW. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 455 Anm. 58.

9 Dr. Bruno Heck (1917–1989), 1952–1958 Bundesgeschäftsführer der CDU, 1957–1976 MdB, 1962–1968 Bundesminister für Familie und Jugend, 1968–1989 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 108 Anm. 8.

10 „Die Welt“ vom 30. August 1957 S. 3.

hatte dem Franzosen genau umgekehrt gesagt. Er hatte mich gefragt: Werden die Sozialdemokraten denn wirklich so etwas machen? Ich habe ihm erwidert: Darauf können Sie sich verlassen, sie werden es hundertprozentig so machen, wie Sie es jetzt gesagt haben. Ich möchte das als Einleitung hervorheben, um gerade auch die außenpolitische Bedeutung unseres Wahlerfolges zu unterstreichen.

Die ganze westliche und auch die östliche Politik wartete schon seit Monaten auf den Ausgang dieser Wahl. Wir können natürlich nicht erwarten, daß sich sofort nach ein paar Tagen auch im Osten etwas regt; im Gegenteil – um das vorwegzunehmen –, Sowjetrußland hat sowohl in der Ungarn-Debatte in der UNO¹¹ wie jetzt durch den Ausfall dieser Wahl in der Bundesrepublik zwei starke Schläge bekommen. Wie das so üblich ist, werden sie zunächst den starken Mann markieren, aber ich zweifle nicht, daß sie von diesen Tatsachen doch Notiz nehmen werden, wenn etwas Zeit vorübergegangen ist. Die westliche Welt begrüßt unseren Wahlsieg mit lebhaftester Freude; insbesondere sind das die Vereinigten Staaten von Nordamerika und Großbritannien. Eisenhower¹², Nixon¹³, Dulles¹⁴, Macmillan¹⁵ und Pella¹⁶ haben mir das in sehr ausführlichen Telegrammen mitgeteilt. Sie werden jetzt auch in der Presse veröffentlicht werden.¹⁷ Ich bitte Sie, auch daraus zu ersehen, in welcher Unruhe man in der westlichen Welt gewesen ist, bis nun das Wahlergebnis des 15. September wirklich zugunsten der Anlehnung an die Politik der freien Völker des Westens erfolgt ist. Wirtschaftlich wirkt natürlich dieser Sieg auch gut. Es ist schon, wie ich höre, eine gewisse Festigung eingetreten. Es war vorher auf wirtschaftlichem Gebiete der Natur der Sache entsprechend eine gewisse Zurückhaltung zu bemerken; aber diese Zurückhaltung ist schon weggefallen. Ich glaube also, daß sich dieser Sieg auch auf wirtschaftlichem Gebiet bald bemerkbar machen wird.

Die Gründe unseres Sieges sind, abgesehen von der gut vorbereiteten Arbeit und unserem Einsatz – der besser war als im Jahre 1953 –, zurückzuführen auf das wirtschaftliche Wohlergehen, auf unsere Außenpolitik mit der Anlehnung an

11 Wortlaut der Ungarn-Resolution vom 14. September 1957 in AdG 1957 S. 6641.

12 Dwight David Eisenhower (1890–1969), 1953–1961 Präsident der USA. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 35 Anm. 65.

13 Richard Milhouse Nixon (geb. 1913), 1953–1960 Vizepräsident und 1968–1974 Präsident der USA. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 586 Anm. 5.

14 John Foster Dulles (1888–1959), 1953–1959 amerikanischer Außenminister (Republikaner). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 306 Anm. 28.

15 Harold Macmillan (1894–1984), 1957–1963 britischer Premierminister (Konservativer). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 437 Anm. 36.

16 Dr. Giuseppe Pella (1902–1981), italienischer Politiker (DC); 1946 Abgeordneter der Verfassungsgebenden Nationalversammlung, 1948–1954 Schatz- bzw. Budgetminister, 1953–1954 Ministerpräsident, Außen- und Budgetminister, 1954–1956 Präsident der Gemeinsamen Versammlung der Montanunion, 1957–1958 stv. Ministerpräsident und Außenminister, 1959–1960 Außenminister, 1960–1962 Budgetminister, 1972 Finanzminister.

17 BA, Bestand Bundeskanzleramt: B 136/3585 Bd. 16 J 3 (Telegramm Pellas), ebd. B 136/3578 Bd. 9 B 20 (Telegramm Macmillans). Vgl. BULLETIN vom 20. September 1957 S. 1619.

die freien Völker des Westens. Ich möchte hervorheben, daß weder die Plakate mit dem Atompilz noch die Ausführungen gegen die Wehrmacht irgendwelchen Eindruck gemacht haben. Sie haben keinen Erfolg gezeitigt.

Die hohe Wahlbeteiligung ist darauf zurückzuführen, daß von allen Seiten der deutsche Wähler darauf aufmerksam gemacht worden ist, wie wichtig diese Wahl sei. Namentlich der große Prozentsatz der jungen Leute, die in allen Versammlungen von uns gewesen sind, ist ein außerordentlich erfreuliches Anzeichen für die zukünftige Entwicklung. Wenn Sie an das Jahr 1953 und insbesondere an das Jahr 1949 zurückdenken, dann sind Sie mit mir wohl darüber einig, daß gerade die Beteiligung der Jugend sehr stark zugenommen hat, insbesondere bei uns. Das ergibt eine erfreuliche Prognose für unsere Arbeit in der Partei.

Lassen Sie mich nun zu den anderen Parteien übergehen, um dann zu unserer Partei zurückzukehren und einigen Sorgen Ausdruck zu geben. Die SPD ist, daran ist nichts zu leugnen, hoffnungslos geschlagen. Was sie für Konsequenzen daraus ziehen wird, ist ihre eigene Sache. Wir wissen es nicht. Sie wird natürlich die Konsequenzen nicht sofort ziehen. Wenn sie die Konsequenzen sofort zöge, würde das ein Eingeständnis dafür sein, daß sie nicht richtig gearbeitet hat. Das schadet natürlich jeder Partei. Deswegen wird man verstehen, daß sie einige Zeit wartet, bis sie Änderungen, sei es auf dem Gebiete ihres Programms – soweit sie eins hat –, sei es in ihrer Organisation, vornehmen wird.

Die FDP ist ein Opfer des Sterbens des Liberalismus geworden. Ich habe vor einigen Jahren einmal dem einen oder anderen von Ihnen erzählt, daß ich ein Gespräch mit Winston Churchill¹⁸ hatte. Ich darf es hier wiederholen. Churchill war früher auch ein Liberaler und gehörte der Liberalen Partei an. Ich habe ihn gefragt: Worauf führen Sie es zurück, daß die liberalen Parteien überall zurückgehen? Er erwiderte mir: Die Sache ist sehr einfach. Als die liberalen Parteien stark waren, haben sie berechnete Forderungen vertreten. Diese Forderungen haben sich mehr oder weniger alle Parteien zu eigen gemacht, so daß der Liberalismus keine Daseinsberechtigung mehr hat, weil seine Forderungen im wesentlichen im Laufe der Jahrzehnte erfüllt worden sind.

Ich glaube, so geht es auch mit den deutschen Liberalen. Ihre Forderungen sind erfüllt. Die berechtigten Forderungen einer demokratischen liberalen Partei hat sich jede Partei nunmehr zu eigen gemacht. Man weiß also nicht, worauf sie sich noch weiter stützen soll.

Gestatten Sie mir, etwas mehr darüber zu sagen, und zwar wegen einer eventuellen Nutzenanwendung für uns. Innerhalb der Freien Demokraten gibt es eigentlich nur noch zwei Stützpunkte, in Baden-Württemberg und in Nordrhein-Westfalen. Nordrhein-Westfalen hat sich mehr oder weniger dem Nationalismus

18 Winston Leonard Spencer Churchill (1874–1965), 1940–1945 und 1951–1955 britischer Premierminister. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 259 Anm. 26.

ergeben, und zwar dadurch, daß in den vergangenen Jahren Leute wie Achenbach¹⁹, Döring²⁰ usw. in maßgebende Posten gesetzt worden sind. Der negative Erfolg ist nicht ausgeblieben. Sie sind, wenn ich die Zahl richtig im Kopf habe, auf etwas über sechs Prozent abgesunken. (Arnold²¹: 6,1 %!) Anders ist es in Baden-Württemberg. Dort sind sie auf 11 % geblieben. Das verdanken sie – ich bitte die Herren aus Baden-Württemberg, mir das nicht übel zu nehmen – zunächst der Tatsache, daß der Württemberger etwas langsamer in allen Sachen ist als die meisten anderen Landsmänner. (Gerstenmaier: Oho!) Herr Gerstenmaier, Sie machen eine Ausnahme. Aber ich will Herrn Gerstenmaier versöhnen, der Württemberger ist konservativer. (Gerstenmaier: Das ist richtig!) Er hält länger fest an dem, was war, und er schreitet nicht so schnell in eine andere Zeit hinein. Inwieweit diese Tradition der württembergischen Demokratie auf Herrn Reinhold Maier²² zurückzuführen ist, das überlasse ich dem Urteil unseres Freundes Gerstenmaier, der ja seinen Landesvater besonders gut kennt. (Gerstenmaier: Landesvater hat aufgehört. In den Rhein mit ihm!) So grausam dürfen wir als christliche Partei nicht sein, Herr Gerstenmaier, „in den Rhein mit ihm“. (Unruhe.)

Aber, meine Damen und Herren, es lohnt sich im Hinblick auf unsere Partei und unsere Zukunft, einmal darüber nachzudenken, wie die liberalen Parteien enden. Was hatten unsere Parteien früher für Grundlagen? Die Deutschnationalen den Nationalismus. Ich glaube, daß der Nationalismus oder ein übertriebenes Nationalgefühl heute keine Werbekraft und auch keine Berechtigung mehr hat in einer Zeit, in der die Grenzen der Völker immer weniger werden. Über die Liberalen habe ich schon gesprochen. Der konservative Gedanke war schon als Partei überwunden im Jahre 1918, als die Deutschnationalen an die Stelle der Konservativen Partei traten. Der Sozialismus, der bei uns in Deutschland am längsten am Marxismus festgehalten hat, ist eigentlich nur noch – ich überspitze jetzt einmal – eine Funktion der Gewerkschaften geworden. Die Gewerkschaften haben eine alte Bindung, eine alte Tradition. Sie haben eine persönliche Gemeinschaft bei der Arbeit; sie haben einen gewissen Zwang; sie haben eine wirtschaftliche Macht, und infolgedessen schließen sich die Gewerkschaftsmitglieder ziemlich eng zusammen. Sie sind traditionsgemäß Sozialdemokraten, auch unter dem Gesichtspunkt des Kollektivs, der Verstaatlichung. Auch da – so glaube ich es wenigstens bis jetzt in dem Ergebnis

19 Dr. Ernst Achenbach (1909–1991), 1950–1958 MdL NW (FDP), 1957–1976 MdB. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 529 Anm. 29.

20 Wolfgang Döring (1919–1963), 1954–1958 MdL NW (FDP), ab 1956 Fraktionsvorsitzender, 1957–1963 MdB. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 788 Anm. 18.

21 Karl Arnold (1901–1958), 1946–1958 MdL und 1947–1956 Ministerpräsident von NW (CDU), 1957–1958 MdB. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 3 Anm. 14; Walter Först in RHEINISCHE LEBENSBLICKE 7 S. 295–316.

22 Reinhold Maier (1889–1971), 1946–1964 MdL Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg (DVP/FDP), 1953–1956 und 1957–1959 MdB, 1957–1960 Bundesvorsitzender der FDP. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 4 Anm. 21 sowie SAUER und MATZ.

der Wahl zu sehen – ist es uns gelungen, einen tiefen Einbruch in die junge Arbeitnehmerschaft zu erzielen. Wenn Sie in den vergangenen Tagen und Wochen genauer verfolgt haben, was alles von seiten der führenden Sozialdemokraten über Verstaatlichung oder Nichtverstaatlichung gesagt worden ist, dann finden Sie das größte Durcheinander, das man sich überhaupt vorstellen kann.²³

Ich habe absichtlich etwas ausführlicher darüber gesprochen, ehe ich auf die Zukunft unserer Partei komme. Hier möchte ich zunächst eins einschieben: So glanzvoll dieser Sieg gewesen ist, so muß man doch sagen, jeder solche Sieg bringt natürlich auch eine ungeheure Last und Verantwortung mit sich. Über die Verantwortung möchte ich gleich sprechen. Die Last beruht zum Teil in der Verantwortung. Sie liegt natürlich auch in der Sorge, daß wir uns auf der Höhe halten und daß wir nicht eines Tages einen Absturz erleben. Wenn auch unsere Partei nunmehr in drei Bundestagswahlperioden die führende Partei gewesen war und ist, so darf ich Sie in diesem Zusammenhang bitten, an Kanada zu denken. Dort ist die sogenannte Liberale Partei völlig gegen ihr Erwarten nach 18 Jahren Regierungszeit plötzlich gestürzt worden.²⁴ Das liegt natürlich auch zum Teil daran, daß man einmal neue Gesichter und andere Tapeten sehen will. Es liegt weiter zweifellos daran, daß eine Partei sich vielleicht an den Gedanken gewöhnt, es müsse alles so bleiben, wie es sich im Laufe der Jahre entwickelt hat. Es wäre aber nichts falscher als ein solcher Glaube, daß es überhaupt keine Veränderungen gäbe. Wir müssen jeden Tag und jede Stunde daran denken, daß nur stetige und fortgesetzte Arbeit unsere Partei wirklich auf der Höhe halten könne, die sie nun einmal erreicht hat. Es darf hier kein Ausruhen geben. Dafür ist das Leben zu hart, und es wechselt zu schnell. Eine Partei, die diesem Rhythmus nicht folgt, die wird heute oder morgen überfahren werden.

Wenn ich die Lage unserer Partei in der Bundesrepublik sehe, dann muß ich sagen, daß sie trotz dieses außerordentlich großen Sieges doch an manchen Stellen – nicht soweit der Bund in Frage kommt, wohl aber die Länder und die Kommunen – zu ernststen Sorgen Anlaß gibt. Ich bin während dieser ganzen Wahlkampagne viel herumgekommen und habe sehr vieles gehört und gesehen, was man, wenn man in Bonn ist, nicht hört. Ich bin namentlich tief darüber erschrocken, wie sehr sich die Sozialdemokratie in manchen Teilen der Bundesrepublik in die kommunale Verwaltung eingefressen hat. Ich habe mir schon Vorwürfe gemacht, obgleich an sich die Bundespartei nicht für die kommunale Verwaltung die Verantwortung trägt. Ich habe große Sorgen, wie das zu beheben ist. Ich habe darüber nachgedacht, wie dieses Einfressen der Sozialdemokratie in die Kommunen möglich gewesen ist. Sie

23 Die Neuorientierung der SPD in der Wirtschaftspolitik war bei der Bundestagswahl 1957 noch nicht abgeschlossen (vgl. dazu KLOTZBACH S. 375–386).

24 Bei den Parlamentswahlen am 10. Juni 1957 hatten die Fortschrittlichen Konservativen 110 Sitze erreicht (1953: 51), die Liberalen 106 (170). Der Vorsitzende der Konservativen, J. G. Diefenbaker, bildete erstmals seit 1935 eine Regierung unter konservativer Führung (AdG 1957 S. 6488, 6505 und 6545).

wissen, daß ich ein alter Kommunalpolitiker bin und daher eine Ahnung davon habe, welche wirtschaftlichen und personellen Mittel und welche Macht die Kommunen in der Hand haben. Diese ganze Angelegenheit ist ein höchst gefährliches Anzeichen für das Fundament unserer Partei.

Wir haben einen Bundesrat. Die Sozialdemokraten werden über die Länder hauptsächlich beim Bundesrat ansetzen, um von dort aus die Bundespolitik entscheidend zu beeinflussen oder sogar eine vernünftige Regierung an ihrer Arbeit zu hindern.²⁵ Der Bundesrat hat sich zu einem ganz anderen Instrument entwickelt, als er nach dem Grundgesetz werden sollte. Der Bundesrat hat – da kann ich leider auch einige Mitglieder des Bundeskabinetts und der Bundesregierung nicht von Schuld freisprechen – seine Stellung in einer Weise ausgebaut, die, wie ich nochmals betonen möchte, mit dem Willen derjenigen, die das Grundgesetz gemacht haben, in keiner Weise übereinstimmt. Er hat sich eine Bürokratie geschaffen, woran niemals gedacht war. Er hat sich zu einem parteipolitischen Instrument entwickelt. Und das sollte nicht der Fall sein. Aber was bleibt uns anderes übrig, als davon Kenntnis zu nehmen, daß diese Entwicklung so eingetreten ist? Wir müssen dafür sorgen, daß der Bundesrat in seiner Zusammensetzung so wird, daß Bundestag, Bundesregierung und Bundesrat wirklich zusammenarbeiten können.

Damit komme ich zu den Landtagswahlen, die uns jetzt bevorstehen. Von ihrem Ausgang hängen die Zusammensetzung des Bundesrates und in hohem Maße auch die Durchführung der Bundespolitik in den Ländern ab. Man kann sicher in einzelnen Ländern deutlich die Tendenz spüren, die Durchführung der Bundesgesetze, je nach der politischen Zusammensetzung der Regierung des betreffenden Landes, mehr oder weniger zu hemmen. Es ist eine sehr ernste Frage. Es wird uns nicht gelingen, überall die Länderregierungen zu ändern, weil nicht überall Wahlen sind. Die nächsten Wahlen finden im November in Hamburg statt.²⁶

Ich möchte an unsere Hamburger Freunde den dringenden Appell richten, mit dem – verzeihen Sie, wenn ich das so geradeheraus sage – Honoratiorensystem endgültig zu brechen. Dort soll man neue und frische Elemente in der Partei und in der Bürgerschaft nach vorn bringen. Die wirtschaftliche Struktur, die Zusammensetzung der Bevölkerung Hamburgs, hat sich völlig geändert. Hamburg ist eine große Industriestadt geworden. Vielleicht – ich kann das nicht richtig beurteilen – ist seine Bedeutung als Industriestadt noch größer als seine Bedeutung als Hafenstadt. Jedenfalls ist seine Bedeutung als Industriestadt nach dem Zusammenbruch außerordentlich stark und groß geworden. Ich glaube, daß unsere Partei in Hamburg nur dann wirklich stark werden kann, wenn sie den Umständen entschlossen ins Auge sieht und die entsprechenden Folgerungen daraus zieht.

25 Stimmenverteilung Bundesrat: CDU/CSU 24, SPD 17 + 4 (Berlin).

26 Am 10. November 1957: SPD 53,9 %, CDU 32,2 %, FDP 8,6 % und DP 4,1 %. Max Brauer (SPD) bildete eine Koalitionsregierung aus SPD und FDP. FISCHER 1 S. 525–527.

Es folgen dann im Juni des nächsten Jahres die Wahlen in Nordrhein-Westfalen²⁷, dann in Hessen²⁸, dann in Schleswig-Holstein²⁹ und endlich in Bayern³⁰. Sie sehen daraus, daß das kommende Jahr wiederum ein Wahljahr wird, und zwar ein Wahljahr von sehr großer Bedeutung. Wenn wir die Landtagswahlen im Jahre 1958 gewinnen, dann können wir den beiden nächsten Jahren ruhiger entgegensetzen. Sie werden mit mir darin übereinstimmen, daß wir nicht den geringsten Anlaß haben, auf unseren Lorbeeren auszuruhen. Wir müssen unverzüglich an die Arbeit gehen wegen der Landtagswahlen. Wir müssen unter allen Umständen dafür sorgen, daß wir in Nordrhein-Westfalen wieder in die Regierung kommen. Nordrhein-Westfalen ist das volkreichste und das wirtschaftlich wichtigste Land. Dort ist auch der größte Teil der Arbeiterschaft. Es muß alles darangesetzt werden, daß wir in Nordrhein-Westfalen die nächste Landtagswahl gewinnen. Für Bayern gilt Ähnliches. Wir sind hier zwar in der CDU und nicht in der CSU, ich nehme aber an, daß Herr Seidel nichts dagegen hat, wenn ich als „bayerischer Ausländer“ ein Wort dazu sage. Bayern ist deswegen so besonders wichtig, weil es ein altes Land im eigentlichen Sinne des Wortes ist. Alle anderen Länder sind Schöpfungen der Besatzungsmächte. Bayern hat eine alte Tradition, und von dort aus – das hängt mit der besonderen Eigenart dort zusammen – kann man einen guten oder einen schlechten Einfluß auf die anderen Länder ausüben. Darum haben wir ein sehr großes Interesse daran, daß die CSU wieder in Bayern ans Ruder kommt³¹; natürlich auch wegen ihrer Stimmen im Bundesrat.

Was Schleswig-Holstein angeht, so hat sich Schleswig-Holstein in diesem Wahlkampf entgegen der Prognosen, die einmal von einem Meinungsforschungsinstitut gestellt worden waren, ausgezeichnet geschlagen und einen großen Erfolg davongetragen.³² Aber nichtsdestoweniger muß man immer auf der Wacht sein und deswegen auch Schleswig-Holstein unterstützen, damit es die Landtagswahlen gewinnt. Was Hessen angeht, so wage ich da keine Meinung zu äußern, sondern möchte das unseren Freunden aus Hessen überlassen, ob es nämlich möglich ist, die Macht der Sozialdemokratie dort zu brechen. Daß dies ein sehr großer Erfolg wäre, ist wohl allen

27 Am 6. Juli 1958: CDU 50,9 %, SPD 39,2 %, FDP 7,1 %. Franz Meyers bildete eine Alleinregierung der CDU. EBD. 2 S. 841–843.

28 Am 23. November 1958: SPD 46,9 %, CDU 32 %, FDP 9,5 % und GB/BHE 7,4 %. Georg-August Zinn (SPD) bildete eine Regierung aus SPD und GB/BHE. EBD. 1 S. 613–615.

29 Am 28. September 1958: CDU 44,4 %, SPD 35,9 %, GB/BHE 6,9 %, FDP 5,4 % und SSW 2,8 %. Kai-Uwe von Hassel (CDU) bildete eine Regierung aus CDU und FDP. EBD. 2 S. 1132–1134.

30 Am 23. November 1958: CSU 45,6 %, SPD 30,8 %, GB/BHE 8,6 %, BP 8,1 % und FDP 5,6 %. Hanns Seidel bildete eine Koalition aus CSU, FDP und GB/BHE. EBD. 1 S. 227f.

31 Nach den Landtagswahlen vom 28. November 1954, aus denen die CSU mit 38,8 % als weitaus stärkste Partei hervorgegangen war, hatte Wilhelm Hoegner (SPD) eine Koalition aus SPD, BP, FDP und GB/BHE gebildet (vgl. PROTOKOLLE 2 S. 343 Anm. 24).

32 Die CDU hatte 48,1 % der Zweitstimmen erreicht, die SPD 30,8 % und die FDP 5,6 %. FISCHER 2 S. 1102.

klar. Es wäre auch deswegen ein sehr großer Erfolg, weil Herr Zinn³³ vermutlich in der Zukunft in der Sozialdemokratischen Partei einen noch größeren Einfluß haben wird als bisher. Der Einfluß des Herrn Zinn uns gegenüber ist sehr wenig freundlich. Er ist besonders scharf, er hat einen großen Intellekt und ist hart. Er hat eine menschliche Schwäche, die das manchmal mildert. Ich brauche darüber nichts zu sagen. Sie sehen mich so fragend an, Herr Gerstenmaier. (*Gerstenmaier*: Wegen des großen Intellekts! – *Kiesinger*³⁴: Er ist gescheit!) Unterschätzen Sie ihn nicht. Ich habe ihn kennengelernt im Parlamentarischen Rat und kann nur sagen, daß Herr Zinn einer der begabtesten Sozialdemokraten ist. (*Kiesinger*: Ohne Zweifel!) Er ist Ministerpräsident und wird als solcher einen großen Einfluß ausüben.

Das Wichtigste scheint mir die Frage der Kommunen zu sein. Wir können uns heute nicht darüber verbreiten, aber ich fürchte, wir haben die Frage der Kommunen vernachlässigt. Vielleicht werden die Herren Heck und Meyers noch ein Wort darüber sagen. Ich weiß nicht, wie es kommt, daß man die Bedeutung der Partei in den Kommunen entschieden unterschätzt hat. Ich weiß nicht, ob es Gleichgültigkeit oder Nachlässigkeit war. Vielleicht hat man auch nicht die richtigen Leute dorthin gesetzt.

Sehr wichtig scheint es mir zu sein, daß es uns gelingen muß, die Sozialdemokratie als Klassenpartei zu erledigen, und zwar spreche ich jetzt vom deutschen Standpunkt aus. Seitdem es eine Sozialdemokratische Partei gibt, war sie eine Klassenpartei und trieb dadurch einen Keil ins Volk. Es ist uns nun gelungen, einen gewissen Prozentsatz der jungen Arbeitnehmer herauszuholen.³⁵ Hier wird gerade unsere Junge Union eine große Aufgabe haben, um die jungen Arbeitnehmer aus dem Klassengedanken herauszubringen. Ich habe neulich mit dem Pfarrer Dannenmann³⁶ eine lange Aussprache gehabt. Ich glaube, daß er auf diesem Gebiete ausgezeichnet arbeitet. Ich werde jetzt wieder eine Aussprache mit ihm darüber haben. Wir werden dann über dieses Thema noch einmal sprechen müssen.

Ich komme nun zu einem entscheidenden Gesichtspunkt, nämlich der Frage der beiden Konfessionen. Man hat in diesem Wahlkampf sowohl von sozialistischer Seite wie auch von demokratischer Seite her (*Cillien*³⁷: Auch von der DP!) versucht, wieder die konfessionelle Kluft aufzureißen. Gott sei Dank ist dieser Versuch fehlgeschlagen.

33 Georg-August Zinn (1901–1976), 1949–1951 und 1961 MdB (SPD), 1950–1969 hessischer Ministerpräsident, 1954–1970 MdL Hessen.

34 Dr. Kurt Georg Kiesinger (1904–1988), 1951–1960 Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der CDU, 1949–1958 und 1969–1980 MdB (CDU), 1966–1969 Bundeskanzler. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 8 Anm. 37 und EBD. 2 S. 14 Anm. 46.

35 Vgl. dazu FAUL S. 237–240, bes. S. 239.

36 Arnold Dannenmann (1907–1993), evangelischer Pfarrer; 1946 Gründer des Christlichen Jugenddorfwerks (1960–1985 Präsident), 1954 Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendrings, 1958 Präses des CVJM. – Bruno HECK: „Hermann-Ehlers-Preis an Prof. Arnold Dannenmann“. Laudatio in „Evangelische Verantwortung“ 2/1983 S. 9f.

37 Adolf Cillien (1893–1960), 1949–1960 Vorsitzender der CDU Niedersachsen, 1953–1960 MdB. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 27 Anm. 39.

Namentlich die evangelischen Wähler im Norden haben ausgezeichnet gestimmt. Das Zusammenwachsen der beiden christlichen Konfessionen auf politischem Gebiete muß nach wie vor unsere vornehmste Aufgabe sein und bleiben. An den Wohlfahrtsstaat gewöhnt sich das Volk. Wenn einmal schlechte Zeiten kommen, wird es sagen: Da sehen wir, was für einen Wohlfahrtsstaat wir haben. Das Volk gewöhnt sich auch an den Zustand, daß wir die Vollbeschäftigung haben. Wenn einmal eine normale Quote von Arbeitslosen kommen sollte, dann wird man auch schreien und sagen: Aha, wo ist denn nun die Vollbeschäftigung.

Das sind also alles Fragen, die den Menschen verwöhnen und die, wenn sie eben nicht nach der Meinung des Wählers hundertprozentig gelöst sind, uns schwere Einbuße tun können.

Es bleibt weiter übrig – das war eines der großen Ziele, die wir bei der Gründung unserer Partei gehabt haben – der Kampf gegen den dialektischen Materialismus, gegen den Einfluß von Sowjetrußland her. Nur die Tatsache, daß wir zusammen auf dem christlichen Boden stehen, kann uns die Kraft geben, auch wirtschaftliche oder außenpolitische Krisen zu überwinden. Nur dieses Fundament kann uns eine Dauer geben, die nötig ist, damit wir gegenüber dem östlichen Materialismus, dessen Gefahren nach meiner Meinung in keiner Weise genügend erkannt werden, bestehen können. Diese Gefahr aus dem Osten wird bei uns nicht genügend erkannt, auch nicht bei den Kirchen, nirgendwo. Nur das Fundament, von dem ich eben sprach, kann uns auf die Dauer Kraft geben, unser christliches Erbe zu bewahren. Dazu gehört in erster Linie, daß die beiden christlichen Konfessionen zusammenarbeiten. Wir müssen diese Zusammenarbeit in besonderer Weise pflegen. Insbesondere müssen wir in unserer Partei, namentlich innerhalb der Jugend, das Weltanschauliche, das uns trägt, pflegen. Ich weiß, daß es Leute gibt, die sagen: Was haben weltanschauliche Fragen mit einer politischen Partei zu tun? Eine solche Frage konnte man vielleicht einmal vor hundert Jahren stellen. In unserer Zeit kann man sie nicht stellen. Wie sich die Verhältnisse in Europa und in der Welt nun einmal entwickelt haben, ist es unsere vornehmste Aufgabe, mit ideellen und ethischen Mitteln den Kampf gegen den östlichen Materialismus zu führen.

Ich komme nun zur Frage unserer Finanzierung. Gestern hat die Sozialdemokratie über ihre Versammlung ein Kommuniqué herausgegeben und von ungeheuren Geldmitteln geschrieben, die uns zur Verfügung gestanden hätten.³⁸ Sie haben geschrieben, daß uns der katholische Klerus geholfen hätte usw. usw. Ich muß zunächst eine Pflicht

³⁸ Kommuniqué des Parteivorstandes über seine Sitzung vom 18. September 1957: „Die SPD dankt allen Wählern, Vertrauensleuten und Mitgliedern für ihre Haltung, die umso beachtenswerter ist, als der Gegenseite unerschöpfliche finanzielle Mittel für die Propaganda, der Einsatz des Staatsapparates zugunsten der Regierungspolitik sowie die vielerorts vom katholischen Klerus der CDU unmittelbar geleistete Wahlhilfe zur Verfügung standen.“ Aus: SPD-Pressedienst (P/XII/214) vom 19. September 1957. Vgl. auch die umfangreichere Stellungnahme zum Wahlausgang in SPD-Pressedienst (P/XII/211) vom 16. September 1957.

der Dankbarkeit erfüllen. Ich möchte sie insbesondere richten an Herrn Dr. Pferdmen-
ges³⁹, der in uneigennützig Weise geholfen hat, daß wir bei der Finanzierung des
Wahlkampfes gut ausgekommen sind. Ein Wahlkampf kostet nun einmal Geld. Herr
Pferdmenges hat in uneigennützig Weise dafür gesorgt, daß diese Gelder gegeben
worden sind. (*Beifall.*) Ich möchte hier ausdrücklich betonen, daß mir gegenüber
niemand an die Hergabe von Geld für unsere Partei irgendeine Bedingung geknüpft
hat, ich wiederhole: niemand, sondern daß das Geld einfach gegeben worden ist.
Das ist sehr anzuerkennen; sonst hätten wir den Wahlkampf überhaupt nicht führen
können. Es kann aber auch einmal so kommen, daß die wirtschaftlichen Kreise, die
in der Hauptsache die Geldgeber waren, entweder nicht mehr in der Lage sind, das
Geld zu geben, oder sie können auch nicht mehr willens sein, ohne jede Bedingung
das Geld zu geben. Deshalb ist die Frage der Finanzierung unserer Partei eine sehr
ernste Angelegenheit, mit der wir uns eingehend beschäftigen müssen. Sie hängt
aufs engste mit der Frage der Mitgliederwerbung für unsere Partei zusammen; denn
ohne Mitgliederbeiträge hat eine Partei kein Geld. Bisher hat es gutgegangen. Ich
wiederhole: Es sind keine Bedingungen gestellt worden, aber es kann auch einmal
anders kommen, und dann ist eine sehr schlechte Situation gegeben.

Außerordentlich bedaure ich nunmehr Herrn Krone⁴⁰, weil er eine Fraktion
von 270 Mitgliedern zu formen und zu führen hat, darunter 90 neue, die noch in
die Geheimnisse des Parlamentarismus einzuweihen sind. (*Gerstenmaier:* Der Herr
Arnold ist auch dabei!) Ich bedaure trotzdem Herrn Krone, auch wenn Herr Arnold
dabei ist, weil sich ergeben hat, daß doch unser Wahlgesetz⁴¹ und unser Parteistatut⁴²
ungenügend sind. Wir haben Fälle erlebt, in denen Abgeordnete oder Kandidaten
bestimmt worden sind von den lokalen Stellen aus rein lokalen oder persönlichen
Motiven heraus, und zwar ohne jede Rücksicht auf die Bedürfnisse einer solchen
Fraktion. Stellen Sie sich einmal vor, was diese Fraktion für Aufgaben haben wird.
Man kann solche Aufgaben einfach nicht lösen, wenn man nicht für jede Sparte Leute
in der Fraktion hat, die Erfahrungen haben und von den Dingen etwas verstehen.
Aber darauf nehmen die wenigsten örtlichen Parteien bei der Nominierung ihrer
Kandidaten Rücksicht. Das ist auf die Dauer ein schwerer Schaden für die Partei. Es
bedarf mindestens zwei Jahre, um eine solch große Fraktion zu einem einigermaßen
homogenen Körper zu machen. Eine Homogenität ist nötig, damit eine Fraktion
auch etwas leistet. Andernfalls kann eine solche Fraktion eine gediegene und in sich
geschlossene Arbeit in den vier Jahren nur außerordentlich schwer leisten. Ich glaube,

39 Dr. Robert Pferdmenes (1880–1962), 1950–1960 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 15 Anm. 8.

40 Dr. Heinrich Krone (1895–1989), 1949–1969 MdB (CDU), 1955–1961 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 69 Anm. 39.

41 Bundeswahlgesetz vom 7. Mai 1956; BGBl I S. 383. – Dieses Gesetz ist im wesentlichen heute noch gültig. Vgl. DATENHANDBUCH 1 S. 17–20.

42 Statut der CDU von 1956 in CDU, 6. Bundesparteitag S. 208–212.

daß die Vorsitzenden der Landesparteien, die hier sind, auch ihre Erfahrungen auf dem Gebiete mit den Kreisparteien, die die Kandidaten nominiert haben, gemacht haben.

Lassen Sie mich nebenbei zwei Fälle erzählen. Es handelt sich um ein sehr langes Gespräch, das ich gehabt habe unter Führung des Vorsitzenden einer Landespartei mit drei Vorsitzenden von Kreisparteien. Es ging um Überhangmandate. Der Vorsitzende der Landespartei hatte schon tagelang vorher Besprechungen gehabt, und am Schluß – wie das immer ist – kam man zu mir. Ich konnte dann feststellen, daß der Führer der Kreispartei ganze 122 Mann sein eigen nannte, der andere 97, der dritte hatte etwas mehr Stimmen. Ich konnte weiter feststellen, daß in dieser Kreispartei im Laufe von sechs Monaten sage und schreibe DM 57,- an Beiträgen aufgebracht wurden. (Weber⁴³: Wo war das?) Ich möchte keine Namen nennen, aber das sind auf den Kopf etwa DM 0,05 pro Monat. Ich konnte feststellen, daß bei den beiden anderen die Summe der Beiträge in dem halben Jahr keine DM 200,- erreicht hat. Dann habe ich mit diesen Kreisparteivertretern – jeder hatte noch einen Mann bei sich – stundenlang darüber sprechen müssen, daß sie doch verständig sein und keinen Kandidaten aufstellen sollten. Aber es hat nichts genutzt. Das ist ein sprechendes Beispiel dafür, daß das System der Benennung der Kandidaten in den einzelnen Kreisparteien geändert werden muß. Wir sollten möglichst bald auch einige von uns daransetzen, ein neues Parteistatut zu machen. Unser jetziges Parteistatut ist überholt aufgrund der Erfahrungen, die wir gemacht haben. Ich wäre von Herzen dafür dankbar. Es ist nicht die Sucht, irgendwo hineinzureden. Es ist immer eine lästige Sache, irgendwo hineinreden zu müssen, das tut keiner gern, aber es ist notwendig, der Zentrale mit Rücksicht auf die Zusammensetzung der Fraktion und mit Rücksicht auf die Zusammenhänge mit anderen Parteien die Möglichkeit einer Beeinflussung hinsichtlich der Aufstellung der Kandidaten zu geben.

Wir haben ein ähnliches Beispiel in einem anderen Kreise erlebt, wo Herr Krone selbst gebeten hat, einen Mann zu nehmen, den wir in unserer Fraktion nicht entbehren konnten, statt eines Herrn, der, soviel mir bekannt ist, in den vier Jahren höchstens vier Worte gesprochen hat und auch sonst kaum durch große Aktivität in Erscheinung getreten ist. Es war umsonst. Ich habe mich dann eingeschaltet. Die Leute dort haben gesagt, wir bestimmen den und den. Die Landespartei hatte sich eingeschaltet. Der Landespartei-Vorsitzende sieht auf sein Blatt. Er wagt gar nicht, seine Augen zu erheben. Es war völlig umsonst. Das sind also unmögliche Zustände. Nun ist es so gekommen, daß der Betreffende, der auf der Landesliste hinten stand, trotzdem gewählt worden ist. Das war ein glücklicher Zufall. Es hätte auch anders kommen können. Es hätte passieren können, daß wir zum Beispiel für die Wehrmacht kaum einen Sachverständigen in der Fraktion gehabt hätten.

Über das Wahlgesetz sollten wir heute nicht sprechen. Wir müssen das einmal studieren. Ich befinde mich hier im Gegensatz zu der Meinung des Herrn Kollegen

43 Dr. Helene Weber (1881–1962), 1949–1962 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 159 Anm. 7.

Schröder⁴⁴. Ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß man im Laufe dieser Entwicklung zu Änderungen am Wahlgesetz kommen wird. (*Schröder*: Ihr Optimismus ist eben größer, Herr Bundeskanzler. Als wir das letzte Mal versucht haben, die Klausel zu ändern, an die der Herr Bundeskanzler denkt, ist uns das von unseren eigenen Freunden abgelehnt worden.) Ich denke an mancherlei. Ich stehe weiter auf dem Standpunkt, daß wir im ersten Jahr eine Reihe von Gesetzen machen und eine Reihe von Gesetzen ändern müssen, die nicht gut sind. Man kann das im ersten Jahr machen. Je näher man auf eine neue Wahl zukommt, desto schwieriger wird es sein, sie zu machen. Wenn ich daran denke, wie zum Beispiel der Rundfunk arbeitet – ich sage arbeitet, ich sage nicht, wie er uns behandelt –, dann ist das geradezu lächerlich, daß wir das ertragen müssen, obwohl wir die Mehrheit haben. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Es gibt aber noch eine Reihe anderer Gesetze. Darüber wollen wir in kleinem Kreise sprechen und überlegen, was neu geordnet werden muß.

Sie werden mich nun fragen, wie soll die neue Regierung aussehen. Ich kann nur negativ antworten, und zwar: keine schwarz-rote Koalition. Damit sind Sie sicher alle einverstanden. Nach meiner Meinung sollte man die FDP ihrer inneren Entwicklung in aller Ruhe überlassen. Vor allem sollte man sich nicht selbst Läuse in den Pelz setzen. Verzeihen Sie den etwas derben Ausdruck, aber es ist unangenehm, wenn man nachher sagen muß, du hast dir die Laus selbst in den Pelz gesetzt. Ich selbst bekenne, daß ich vor vier Jahren anders gesprochen habe, aber auch mir ist es erlaubt, klüger zu werden. (*Heiterkeit. – Gerstenmaier*: Wer ist die Laus?) Ihr Landesvater⁴⁵!

Was den BHE angeht, so ist er verschwunden, aber das hat für uns Folgen. Wir dürfen nicht daran denken, jetzt dieses Ministerium⁴⁶ verschwinden zu lassen. Dann würde man sofort sagen: Aha, sobald der BHE nicht mehr da ist, wird das Ministerium eingestellt. Wir müssen uns um die BHE-Leute kümmern, damit sie nicht zu einer anderen Partei übergehen, d.h. wir müssen versuchen, die zu uns neigenden Kräfte von dort für uns zu gewinnen. Wir müssen ihnen freundlich entgegenkommen und sie nicht als eine Quantité négligéable beiseite stellen. Das wäre völlig falsch.

Nun zur Deutschen Partei! Die Buchstaben FVP werden nun wegfallen, es bleibt lediglich übrig: DP. Das war von Anfang an so in Aussicht genommen bei der Fusion der beiden Gruppen, daß nach der Wahl der Zusatz FVP wegfallen soll.⁴⁷ Man hat ihn bei der Wahl noch behalten, aber jetzt bleibt nur noch die Deutsche Partei übrig. Die Deutsche Partei hat einen Wahlkampf geführt, der sicher große Erbitterung hervorgerufen hat, (*Zurufe*: Sehr richtig!) aber glauben Sie, unser Wahlkampf hätte

44 Dr. Gerhard Schröder (1910–1989), 1949–1980 MdB (CDU), 1953–1961 Bundesminister des Innern. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 7 Anm. 31.

45 Ministerpräsident von Baden-Württemberg war Gebhard Müller. Gemeint ist vermutlich sein Vorgänger, der frühere Ministerpräsident und FDP-Vorsitzende Reinhold Maier.

46 Das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte wurde im Oktober 1969 aufgelöst.

47 Am 1. März 1957 Beschluß zur Bildung einer Fraktion DP (FVP) im Bundestag (vgl. DATENHANDBUCH 1 S. 253; PROTOKOLLE 2 S. 1022).

keine Erbitterung hervorgerufen? Sie glauben gar nicht, was unser Wahlkampf die Leute geärgert hat. Man sollte das also nicht so tragisch nehmen. Ich habe eine Aussprache mit Herrn Hellwege⁴⁸ gehabt während der Wahlzeit. Die Aussprache ist sehr gut verlaufen. Ich habe noch niemand von der DP gesehen. Ich habe es absichtlich vermieden, bis wir hier zusammengekommen sind. Natürlich können wir hier nicht darüber beschließen, wie die Koalition aussehen soll. Ich wäre Ihnen von Herzen dankbar, wenn Sie keine Frage stellten, wie das Kabinett aussehen soll. Das muß man sich so langsam entwickeln lassen. Es ist eine sehr schwierige Aufgabe, die hier in einem so großen Kreise nicht erörterungsfähig ist. (*Gerstenmaier*: Darauf wartet alles!) Herr Gerstenmaier sagt: Darauf wartet alles. Dazu ist aber erst die Wahl eines Bundeskanzlers nötig. Und der Bundeskanzler wird gewählt, nachdem der Bundespräsident⁴⁹ eine Persönlichkeit vorgeschlagen hat. (*Von Brentano*⁵⁰: Wen wird er wohl vorschlagen?) Ich war am Montag bei ihm. Ich habe nicht mit ihm darüber gesprochen. (*Heiterkeit*.) Sie lachen darüber, aber das ist mir sehr ernst. Ich habe absichtlich nicht mit ihm darüber gesprochen. Das ist Sache der Fraktion des Bundestages, die sich mit dieser Frage wird beschäftigen müssen. Es kann sein, daß man sich sehr schnell darüber klar wird, wen man dem Bundespräsidenten vorschlägt, so daß der Bundespräsident schließlich sagt, das ist ein ganz guter Vorschlag. Aber dann kommt erst die Wahl des Bundeskanzlers, dann muß der Bundeskanzler das Kabinett zusammenstellen. Nehmen Sie mal an, man würde mich um Rat fragen. Dann würde ich empfehlen, möglichst schnell zu machen mit der Aufstellung des Kabinetts. (*Gerstenmaier*: Wir können es am 15. Oktober machen!) Ich bin nicht dafür. Ich darf hier eine Bemerkung machen. Nehmen Sie mir es nicht für übel, ich halte den Vorschlag, der von Herrn Bucerius⁵¹ gekommen ist, nach Berlin zu gehen, einfach für falsch, (*Zurufe*: Sehr richtig!) auch aus außenpolitischen Gründen. Wir provozieren damit nur. Wir haben gar nichts zu provozieren. Was hat Berlin davon? Nichts hat es davon. Die ganze Sache kostet erheblich viel Geld an Reisespesen, über eine Million. (*Gerstenmaier*: DM 250.000,-; das ist auch genug, aber immerhin nur ein Viertel!) Es könnte möglich sein, daß z.B. mit dem Mann, den man zum Bundeskanzler vorschlägt, vom Bundespräsidenten Gespräche geführt werden müssen über die Zusammensetzung des Kabinetts. Und die sind in Berlin

48 Heinrich Peter Hellwege (1908–1991), 1947–1952 und 1955–1963 MdL Niedersachsen, 1949–1955 MdB (DP) und Minister für Angelegenheiten des Bundesrates, 1955–1959 Ministerpräsident von Niedersachsen, 1961 CDU. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 52 Anm. 29; Claudius SCHMIDT: Heinrich Hellwege – Der vergessene Gründervater. Ein politisches Lebensbild mit einem Vorwort von Arnulf Baring. Stade 1991.

49 Dr. Theodor Heuss (1884–1963), 1949–1959 Bundespräsident. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 82 Anm. 9 und EBD. 2 S. 230 Anm. 130.

50 Dr. Heinrich von Brentano (1904–1964), 1949–1964 MdB (CDU), 1955–1961 Außenminister. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 1 Anm. 4.

51 Dr. Gerd Bucerius (geb. 1906), Journalist, Verleger; 1947–1949 Mitglied im Frankfurter Wirtschaftsrat, 1949–1962 MdB (CDU), Mitgründer (1946) und Herausgeber der Wochenzeitung „Die Zeit“, 1947–1970 Verleger des „Stern“. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 264 Anm. 17.

völlig unmöglich. Dort haben Sie weder die Räumlichkeiten noch die Abgeordneten zur Stelle; denn die Abgeordneten scheren aus, und das können sie hier in Bonn nicht. Ich würde sogar vorschlagen, die Abgeordneten in ein Kloster zu tun, damit sie zusammen wohnen. (*Gerstenmaier*: Dann bekommen wir Weimarer Zustände!) Ich habe Berlin mitgemacht. Verlassen Sie sich darauf, wenn die Herrschaften nach Berlin kommen, dann werden sie irgendwie berauscht, und dann laufen sie alle auseinander. Berlin ist – namentlich jetzt, wo die Räumlichkeiten fehlen – nicht das Pflaster, um in ruhigem und vertrautem Kreise Überlegungen anzustellen. Sie müssen sich weiter vorstellen, was das jetzt bedeutet. Das ist doch für die Russen provozierend. Wir müssen mit den Russen doch eines Tages wieder zusammenkommen. Warum sollen wir dann so etwas tun, was die Leute ärgert, ohne daß wir etwas davon haben. Wenn ich einen anderen ärgern kann und habe etwas davon, dann mit Vergnügen; wenn ich aber einen anderen ärgere, ohne daß ich etwas davon habe, dann hat es doch keinen Zweck.

Lesen Sie mal die englische Presse. Lesen Sie, was die „Times“ zur Wiedervereinigung sagt, lesen Sie, was die Labour Party zur Wiedervereinigung sagt.⁵² (*Gerstenmaier*: Das ist beleidigend, und was die „Times“ sagt, geht auch zu weit!) Deswegen keine unnötige Provokation! (*Gerstenmaier*: Nein!) Herr Gerstenmaier, Sie sagen nein, aber wenn ich etwas dem deutschen Volke und unserer Partei wünsche, dann ist es eine respektable Bescheidenheit, (*lebhafter Beifall*) daß wir nicht immer den „dicken Willi“ spielen. Das ist doch so schädlich. Der Zusammenbruch liegt erst zwölf Jahre zurück. Die Leute haben noch nichts vergessen. Sie irren sehr, wenn Sie glauben, daß die Leute vergessen haben, was der deutsche Nationalsozialismus verursacht hat. Er beruhte auf der deutschen Hybris. Lassen Sie mich offen sagen: Die ganze katastrophale Entwicklung, die über uns gekommen ist, ist ausgelöst worden durch den deutschen Nationalsozialismus. Die ganze Entwicklung wäre anders gekommen, auch unter den farbigen Völkern. Überall hat doch der Nationalsozialismus wie eine Bombe gewirkt und all diese Geschichten hervorgerufen. Das hat uns noch niemand vergessen. Jetzt kommt noch hinzu, daß es uns wirtschaftlich so gut geht, daß wir so viel reisen usw. Das ärgert die Leute draußen. Daß wir gleichzeitig schreien, wir haben nichts, das ärgert sie noch mehr. Ich will mich nicht ereifern, aber ich meine, der Deutsche sollte auf sich halten. Deswegen habe ich das Wort von der respektablen Bescheidenheit gebraucht. Im Grunde genommen haben wir auch gar keine Veranlassung, so furchtbar stolz zu sein. Was wir geleistet haben, hätten wir ohne die Amerikaner und deren Hilfe niemals leisten können.

⁵² Vgl. „Times“ vom 12. September („Mark Time for W. Germany“), vom 13. September („Europe watches its shields“) und vom 17. September („Dr. Adenauer's Pledge on Election Victory“) sowie „Rheinischer Merkur“ vom 13. September 1957 („Labour und die Wiedervereinigung“).

Ich darf zurückkommen auf die Deutsche Partei. Ich habe davon gesprochen, daß man versuchen muß, wieder vernünftig zusammenzuleben. Die CDU in Niedersachsen kann nach ihrem großen Erfolg⁵³ vielleicht erreichen, daß im Heimatland der DP die Verhältnisse mit dieser Partei wieder besser werden. Ich habe jedenfalls noch keine Namen genannt, womit unsere Partei nach meiner Meinung zusammengehen soll. Ich bin der Meinung, daß wir nicht eine Regierung allein auf die CDU/CSU gestützt bilden dürfen. Das würde, obwohl es unberechtigt ist, dem Gefühl weiter Kreise des deutschen Volkes hinsichtlich einer Einparteienherrschaft zu sehr entgegenkommen und würde der SPD eine Möglichkeit der Propaganda größten Ausmaßes gegen uns geben. Denken wir daran, daß bei den kommenden Landtagswahlen das, was wir im Bund tun, eine große Rolle spielen wird. Wir müssen also sehr vorsichtig taktieren, trotz unserer großen Mehrheit, um nicht den Sozialdemokraten in den Ländern billige Waffen gegen uns in die Hand zu geben.

Auch aus diesem Grunde sollten wir uns unseres Erfolges freuen. Wir sollten uns aber nicht rühmen, und wir sollten unsere Gegner nicht unterschätzen, sondern arbeiten. Das ist die Hauptsache. Damit möchte ich schließen und bitten, daß wir nun in eine Diskussion über die verschiedenen Punkte eintreten.

*Von Hassel*⁵⁴: Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Parteifreunde! Bevor wir in die Diskussion eintreten, möchte ich im Namen der hier Versammelten dem Herrn Bundeskanzler unseren herzlichen Dank dafür sagen, daß er sich mit geradezu vorbildlicher Bereitschaft überall zur Verfügung gestellt hat, wo immer wir riefen und wo immer Nöte und Sorgen waren. Sie kamen und haben uns aus diesen Schwierigkeiten geholfen.

Es ist nicht unsere Art, darüber viel Worte zu machen. Es ist nur einfach unser Wunsch, Ihnen als erstem dafür zu danken, daß Sie in dieser großartigen Art uns allen ein Vorbild gewesen sind. Wir haben alle draußen gesehen, welchen Strapazen Sie sich unterzogen haben. Sie sind ein Vorbild für uns alle gewesen. Wir haben uns bemüht, Ihnen nachzueifern, um den Wahlsieg zu erringen. Ihnen dafür zu danken, ist uns allein ein Herzensbedürfnis. (*Starker Beifall.*)

Adenauer: Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren. Ich habe dem Herrn von Hassel die Hand gegeben. Das galt für alle im Saal Anwesenden.

Nunmehr können wir in die Diskussion eintreten.

Kiesinger: Ich möchte nur zu einem Punkt kurz etwas sagen, zum Tagungsort Berlin. Wir haben nach dem letzten Wahlsieg im Jahre 1953, wie sich einige von uns genau erinnern werden, als eine Reaktion dieses Wahlsieges im Europarat eine

53 Die CDU hatte 39,1 % der Zweitstimmen erreicht, die SPD 32,8 %, die DP 11,4 % und die FDP 5,9 %. Vgl. FISCHER 2 S. 686.

54 Kai-Uwe von Hassel (geb. 1913), 1954–1963 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 477 Anm. 14 und EBD. 2 S. 25 Anm. 80.

außerordentlich unangenehme Debatte über uns gehabt.⁵⁵ Dort hatten sich angesichts des Schocks, den dieser Sieg bei einigen Leuten draußen erzeugt hat, diese Kräfte zusammengefunden, die glaubten, die Stunde sei gekommen, um uns einige bittere Wahrheiten sagen zu müssen.

Ich muß am Montag meinen Bericht im Politischen Ausschuß erstatten. Das ist nicht angenehm. Wir sollten jetzt schon diese respektable Bescheidenheit nach diesem Sieg an den Tag legen, um nicht wieder Gefahr zu laufen, daß sich die uns noch feindlich gesinnten Kräfte – wie in einigen britischen Blättern zum Ausdruck gekommen ist – sammeln, um uns erneut zu schaden.

Schröder: Ich glaube, daß wir uns sehr viel mehr Mühe geben müssen, [uns] mehr als bisher systematisch um die Auslandspresse zu kümmern. Das machen z.B. andere Stellen viel besser als wir. Wir müssen sowohl in der Bundespartei wie auch in der Bundestagsfraktion jemand bestimmen, der das macht. Ich erinnere Sie daran, was auf diesem Gebiete von der SPD geleistet wird. Die haben einen englischen und einen amerikanischen Dienst.⁵⁶ Überall trifft man auf deren Spuren. Wenn die Angelegenheit heute noch nicht brennend ist, so kann sie aber doch morgen äußerst wichtig werden. Deswegen brauchen wir einen viel systematischeren Kontakt mit der ausländischen Presse.

Adenauer: Diese Anregung ist sehr wichtig. Dem Bundespresse- und Informationsamt war eine Zeitlang die ausländische Presse aus den Händen gelangt, nicht Herrn von Eckardt⁵⁷. Das möchte ich ausdrücklich betonen, aber ehe Herr von Eckardt kam. Das ist nun wieder ziemlich hergestellt; aber unabhängig davon ist es doch wichtig, auch zwischen der Partei und der Fraktion und der Auslandspresse die Beziehungen zu pflegen.

Von Brentano: Ich möchte nachdrücklich unterstreichen, was Kiesinger gesagt hat. Ich erinnere mich jetzt genau, wo Kiesinger daran erinnert hat, an die unglückliche Aussprache damals in Straßburg. Wir müssen uns darüber klar sein: So viele uns diesen großen Erfolg auch gönnen und sich darüber freuen, so sollten wir doch vermeiden, auf der anderen Seite Ressentiments zu wecken durch diesen Erfolg, weil es etwas unheimlich ist, was sich in Deutschland wieder gezeigt hat. Wir haben allen Grund, gerade im außenpolitischen Bereich mit der größten Behutsamkeit vorzugehen.

Ich beneide Kiesinger nicht als Berichterstatter. Wir sehen die Stimmung in der ausländischen Presse. Man sieht, wie ein Teil der Auslandspresse dumpf zu grollen anfängt. Jetzt kommt alles zusammen: Der Devisenüberfluß, der Wahlerfolg, der

55 Bedenken gegen Deutschland formulierten u.a. der Franzose Debré (Sozialrepublikaner) und der englische Sozialist Robens. – Vgl. „Eine Debatte über Europa. Der Spaak-Bericht als Gegenstand der Diskussion im Europarat“. In: BULLETIN vom 22. September 1953 S. 1503.

56 Möglicherweise der seit 1947 monatlich erscheinende englischsprachige Pressedienst der SPD „News from Germany“. Vgl. Jahrbuch der SPD 1947 S. 61.

57 Felix von Eckardt (1903–1979), 1952–1955 und 1956–1962 Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 207 Anm. 63.

Wohlstand, die Sicherheit, die Stabilität usw. Man sieht draußen alles mit einem gewissen verhaltenden Unmut an. Gewisse Teile sagen dort: Wir hatten geglaubt, die Bestie sei endgültig tot, aber nach zwölf Jahren ist sie wieder da. Wir haben wirklich allen Grund, nach draußen mit einer ganz betonten Bescheidenheit aufzutreten.

Adenauer: Ich darf den sehr treffenden Worten der Herren Kiesinger und von Brentano noch folgendes hinzufügen: Es hat den Sozialisten vorgeschwebt ein sozialistisches Europa. Das war ihre Tendenz. Damit wird es nun wohl vorbei sein, wie überhaupt wahrscheinlich mit dem ganzen Sozialismus gewisse Änderungen eintreten werden. Wenn dann unter der Führung einer Partei, die in ihrem Namen das Wort „christlich“ mit Absicht trägt, von Deutschland aus Europa geeinigt wird, dann werden sehr viele Ressentiments bei den sozialistischen Parteien und bei den Parteien, die mit dem Christentum nicht gern etwas zu tun haben, laut werden. Es gibt Parteien, die einfach nicht verstehen, was wir mit dem Namen „christlich“ wollen. Das ist ein Grund dafür, einmal die Fühlung mit der Auslandspresse mehr als bisher zu pflegen und zweitens auch dafür, nicht so sehr mit den Flügeln zu schlagen.

Cillien: Ich erinnere mich sehr genau, Herr Bundeskanzler, daran, als wir nach dem Wahlsieg im Jahre 1953 hier zusammenkamen. In einem Punkt haben Sie sich geirrt. Damals haben Sie gesagt: Ein solcher Wahlsieg wiederholt sich nicht mehr.⁵⁸ Da haben Sie sich geirrt. (*Adenauer:* Das muß man immer sagen!) Der zweite Satz, den Sie damals sagten, lautete: Jetzt gilt es, maßzuhalten! Ich habe in Hannover sehr viele Stimmen gehört, die sehr erfreut darüber waren, daß Sie im Rundfunk gesagt haben: Nicht feiern, sondern arbeiten. Das sind ganz ausgezeichnete Formulierungen. Auch die heutigen Worte von der respektablen Bescheidenheit halten wir alle für die richtige Devise, die wir in allen Gremien der Partei zur Sprache bringen wollen.

*Gradl*⁵⁹: Herr Bundeskanzler! Ich finde das Wort von der respektablen Bescheidenheit als ausgesprochen glücklich gewählt. Ich bin völlig Ihrer Ansicht – ich nehme an, alle hier –, daß wir allen Anlaß haben, maßzuhalten, nicht nur im Kundtun unserer Gefühle im Innern, sondern auch in der Sprache nach draußen.

Ich bitte zu verstehen, wenn ich sage, es tut mir leid, daß diese Feststellungen im Anschluß an die Frage gemacht worden sind, ob es richtig ist, daß der Bundestag seine Eröffnungssitzung in Berlin abhält. Die Eröffnung des Bundestages in Berlin ist gerade die Form, die man wählen kann, um in respektabler Bescheidenheit zum Ausdruck zu bringen, daß das nationale Anliegen der Wiedervereinigung für uns, die wir jetzt noch mehr als bisher Verantwortung tragen, eine der wichtigsten Aufgaben ist. Das tut man weniger gut durch hochtrabende Phrasen als durch eine einfache Handlung, wie die es ist, den dritten Bundestag in Berlin zu eröffnen. Ich würde bitten, darüber auch nicht mehr zu sprechen; ganz abgesehen davon, daß ich es für undenkbar halte, diesen Entschluß zu korrigieren.

⁵⁸ Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 4.

⁵⁹ Dr. Johann Baptist Gradl (1904–1988), 1957–1980 MdB (Vertreter Berlins). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 86 Anm. 4.

*Scharnberg*⁶⁰: Es wird hier immer wieder gesagt, daß das Hamburger Wahlresultat besonders schlecht sei. Das möchte ich einmal in die richtige Formulierung bringen. (*Adenauer*: Das habe ich nicht gesagt! Ich habe nur gesagt, die Aussichten für die Bürgerschaftswahlen sind nicht gut!) Aber, Herr Bundeskanzler, erlauben Sie mir trotzdem, etwas dazu zu sagen. Ich sage auch nichts dazu, weil Sie etwas gesagt haben, sondern weil wir in Hamburg beobachten, daß überall das Hamburger Wahlresultat als schlecht angesehen wird.

Es ist in Hamburg ganz anders gewesen, als man annimmt. Früher haben wir, als wir die Gemeinschaft zwischen CDU, FDP und DP hatten, sieben Mandate der SPD abgenommen. Da wir diesmal nicht gemeinschaftlich operiert haben, sind sieben Wahlkreise verlorengegangen. Das war eine Selbstverständlichkeit. Wir haben aber insgesamt unsere sieben Mandate gehalten und haben sowohl absolut wie prozentual einen Stimmenzuwachs gehabt, der durchaus nicht der kleinste war. Unter uns liegt noch Baden-Württemberg, das einen geringeren Stimmenzuwachs bekommen hat als wir. Auch ist bei uns nicht der größte Zuwachs der SPD zu verzeichnen, sondern in Schleswig-Holstein. Ich habe einmal ausgerechnet, wie das Ergebnis gewesen wäre, wenn alle Wahlkreise so gewählt hätten wie in Hamburg. Dabei kommt heraus, daß wir noch immer die absolute Mehrheit bekommen hätten. (*Widerspruch und Zuruf*: Oho.) Damit ist nicht gesagt, daß die Resultate in anderen Ländern besser sind als bei uns in Hamburg. (*Zuruf*: Das ist doch alles unklar! – *Unruhe*.) In Hamburg ist zu berücksichtigen, daß wir mit Bremen den stärksten Prozentsatz an Kommunisten hatten. Daher ist auch der Zuwachs der SPD-Stimmen zu verzeichnen. Der einzige große Erfolg ist in Nordrhein-Westfalen zu verzeichnen. Dort ist nämlich ein echter Einbruch in die Arbeiterschaft erfolgt.

Gerstenmaier: Ich bin kein Bankdirektor, und meine kaufmännische Vergangenheit liegt lange zurück. Deshalb bin ich nicht so gut im Rechnen wie Herr Scharnberg. Zur Rechtfertigung meines angestammten Vaterlandes Baden-Württemberg kann ich kein so überzeugendes Rechenkunststück vorführen. Es ist wahr, daß wir auch in Baden-Württemberg Anlaß haben, dankbar zu sein; aber es ist sicher, daß sich bei uns – wie der Herr Bundeskanzler mit gewohntem Scharfblick richtig herausgestellt hat – die FDP am stabilsten gehalten hat. (*Gurk*⁶¹: Aber nicht in allen Landesteilen!) Baden-Württemberg muß gelten lassen, daß sich die FDP dort am besten gehalten hat. Das ist besonders schmerzlich. Ich weiß nicht, ob es meinem Landesvater Gebhard

60 Hugo Scharnberg (1893–1980), 1949–1961 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 136 Anm. 18. und EBD. 2 S. 8 Anm. 24. – Die Hamburger CDU hatte 37,4 % der Zweitstimmen erreicht gegenüber 36,7 % bei der Bundestagswahl von 1953.

61 Dr. Franz Gurk (1898–1984), 1951–1968 Landesvorsitzender der CDU Nordbaden, 1952–1972 Mitglied der Verfassungsgebenden Landesversammlung und MdL Baden-Württemberg. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 62 Anm. 24.

Müller⁶² auch so geht. Uns bedrückt und bekümmert das, aber wir können es nicht ändern.

Was ist der Grund? Der Herr Bundeskanzler hat einen Grund genannt. Das ist die Tradition, die in Baden-Württemberg besonders fest gefügt ist. Auf der anderen Seite ist es das schamlos ausgespielte konfessionelle Ressentiment, das Reinhold Maier mit einer völlig hemmungslosen Propaganda hervorzurufen vermochte. Ich denke z.B. an seinen sogenannten Kandidatenbrief⁶³ – der Ihnen wahrscheinlich zur Kenntnis gekommen ist –, wo er sagt: Ich tue es euch zuliebe, euch zuliebe gehe ich nach Bonn; euch zuliebe breche ich mein gegebenes Wort, mich der Landespolitik zu widmen. Und nun kommen die drei Punkte und sonst nichts: In Bonn gibt es erstens Verschwendung, zweitens Korruption und drittens Parteidiktatur. Das ist das, was in Baden-Württemberg erschienen ist. Das war der Tenor. Es ist dort zu einem außerordentlich scharfen Gespräch gekommen. Ich muß sagen, daß bei dem traditionellen Hintergrund der FDP und des politischen Liberalismus in Baden-Württemberg dieses alles eine Sache ist, die man ernst nehmen muß. Daher halte ich es für einen großen Erfolg, daß wir in diesem Wahlkampf bestanden haben. Ich habe mich gewundert, daß wir in Heilbronn, dieser Hochburg des politischen Liberalismus, gewonnen haben⁶⁴, obwohl wir dort mit einem Anfänger als Kandidaten gearbeitet haben. Es ist nicht der Kultusminister Simpfendörfer⁶⁵, sondern ein Vetter von ihm hier gewählt worden, ein tüchtiger Mann, aber immerhin ein Anfänger.

Ich habe mich darüber gefreut, daß wir den Sozialdemokraten die Stadt Ludwigsburg abspenstig machen konnten. Aber ich möchte mich jetzt nicht mit solchen Einzelheiten aufhalten. (*Simpfendörfer*: Waiblingen⁶⁶!) Das ist ein großer Triumph für Herrn Bauknecht⁶⁷. Hier haben wir den Wahlkreis in einem harten Wahlkampf erobert.

62 Gebhard Müller (1900–1990), 1953 MdB (CDU), 1953–1958 Ministerpräsident von Baden-Württemberg, 1958–1971 Präsident des Bundesverfassungsgerichts. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 12 Anm. 46; Paul-Ludwig WEINACHT: Gebhard Müller (1900–1990). In: Geschichte im Westen 6 (1991) S. 209–223.

63 Kandidatenbrief (Plakat) in AdL P3-200. Zum Wahlkampf Maiers vgl. MATZ S. 460–467.

64 CDU 35,2 %, SPD 33,6 % und FDP 26,9 % (jeweils Zweitstimmen).

65 Wilhelm Simpfendörfer (1888–1973), 1946–1960 MdL Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg, 1953–1958 Kultusminister, 1948–1958 Vorsitzender der CDU Nordwürttemberg. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 17 Anm. 12. – Gewählt wurde Karl Simpfendörfer (1906–1984), Landwirt, 1930 CSVD, nach 1945 CDU, mit 36,2 % der Erststimmen.

66 In Waiblingen erhielt die CDU 4.483 Erststimmen und 4.380 Zweitstimmen, die SPD 3.104 (3.012), die FDP/DVP 1.999 (2.007) und der GB/BHE 538 (413) von 10.524 gültigen Erst- und 10.460 Zweitstimmen (Statistik von Baden-Württemberg 43 S. 88f.). – Im Wahlkreis Ludwigsburg erreichte die CDU 42,5 % (1953 28,3 %), die SPD 33,3 % (28,8 %) und die FDP 16,3 % (28,4 %).

67 Bernhard Bauknecht (1900–1985), 1949–1969 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 489 Anm. 87. – Bauknecht wurde in Biberach mit 80,1 % (80 % Zweitstimmen) gewählt.

Noch ein Wort zu Berlin! Herr Bundeskanzler, eine Provokation kann ich nicht darin erblicken, wenn dieser Bundestag schlicht und bescheiden nach Berlin fährt. Ich kann nur sagen, wenn vor dem Wahlkampf die Helden nicht müde gewesen wären, sondern einige große Fraktionen gesagt hätten, wir gehen nicht nach Berlin, dann wäre Herr Bucerius mit seiner Initiative nicht durchgekommen. Aber nun vom Bundestagspräsidenten zu verlangen, daß er einem solchen Verlangen nun unter allen Umständen die Spitze abbricht, das halte ich für unmöglich.

Adenauer: Herr Gerstenmaier! Darf ich Ihnen ins Wort fallen. Ich habe nicht gesagt, es sei eine Provokation, sondern ich habe gesagt, es wird im Ausland als eine solche aufgefaßt. (*Krone:* Die Wahl des Bundeskanzlers!) Ich habe gesagt: Die Wahl des Bundeskanzlers. (*Gerstenmaier:* Die wollen Sie nicht?) Nein! (*Gerstenmaier:* Das ist auch nicht vorgesehen. Ich habe gesagt, daß darüber ganz andere Gremien als wir entscheiden. In der Tat ist es so, daß in Berlin eigentlich nichts anderes passiert als die Rede von Frau Lüders⁶⁸. – *Krone:* Sie dürfen auch ein Wort sagen!) Aber sicher, vorausgesetzt, daß Sie gewählt werden.

Gerstenmaier: Das letzte Mal bin ich um ein Haar durchgefallen. Gebrannte Kinder scheuen das Feuer. Ich muß sagen, im ganzen hat es mir sehr gut gefallen, daß sich in der Wahlnacht und am Tage danach nicht nur der Herr Bundeskanzler, sondern auch unsere anderen Freunde sanft, aber fest geäußert haben. Ich würde empfehlen, dabei zu bleiben. Besonders hat mich die Feststellung des Herrn Bundeskanzlers bei seinem ersten Interview⁶⁹ gefreut, daß es der Christlich-Demokratischen Union gelungen sei, einen tiefen Einbruch in die Arbeiterkreise zu erzielen. Ich habe die gleichen Unterlagen aus einer Reihe von süddeutschen Städten, wonach es uns gelungen ist, in nachweislich bisher von den Sozialisten und den Gewerkschaften diktierte Arbeiterkreise hineinzustoßen. Ich halte das für einen außerordentlich glänzenden und ermutigenden Tatbestand, der uns eine weitere Chance für unsere zukünftige Arbeit gibt. Mit den alten Ideen des Klassenkampfes des 19. Jahrhunderts ist nicht mehr viel zu machen. Hier müssen wir einsetzen.

Es ist für uns interessant, wenn sich die Sozialdemokraten gegen den Gedanken wenden, daß sie sich zur Labour Party entwickeln müßten. Sie sagen, daß das kein befriedigender Vorschlag sei. Ich finde, daß die Sozialdemokraten damit eigentlich recht haben; denn die Labour Party hat sich nach meiner Überzeugung in diesem Wahlkampf summa summarum miserabel verhalten, auch Gaitskell⁷⁰. Was von der Labour Presse in die allgemeine englische Presse gesickert ist, ist einfach miserabel. Der Herr Bundeskanzler hat recht, wenn er auf die „Times“ verweist.

68 Dr. Marie-Elisabeth Lüders (1878–1966), 1953–1961 MdB (FDP). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 791 Anm. 24.

69 Ansprache Adenauers vor der Presse am 16. September 1957 in StBKAH Redensammlung 16.23.

70 Hugh Todd Gaitskell (1906–1963), britischer Politiker (Labour Party), 1955–1963 Führer der Opposition im britischen Unterhaus.

Es ist eine Schande, wenn die „Times“ schreibt, daß die Bundesrepublik eine Art Wirtschaftsverband sei auf der Suche nach der Nation. Ich habe gestern im Rundfunk dagegen gesprochen.⁷¹ Diese Sachen sickern aus der Labour Presse in die allgemeine englische Presse hinein. Wenn es schon in die „Times“ hineingeht, dann ist das eine un gute Situation. Ich frage mich, ob es sich nicht um den Tatbestand der Einmischung handelt.

Daß uns diese Wahl vor neue innere Aufgaben stellt, ist ganz selbstverständlich. Für das Wichtigste halte ich, nachzuweisen, wie stark die Integrationsfähigkeit der Partei in den nächsten Jahren sein wird. Ob wir zum Zweiparteiensystem kommen oder nicht, hängt wesentlich davon ab, welche Integrationsfähigkeit die CDU aufbringt und ob sie bei dem bleibt, was sie ist. Das ist eine Frage, die offen ist.

Was mich zum Wahlergebnis noch nachdenklich macht, wäre die Frage: Wie ist es mit Herrn Heinemann⁷² gegangen? Hat er der SPD einen Vorteil gebracht, oder kommen die Mehrstimmen ausschließlich von der verbotenen Kommunistischen Partei? (Schröder: Die SPD hat den Verlust der KPD plus GVP⁷³ nicht einmal aufnehmen können. Der Zuwachs bleibt unter den damaligen KPD- und GVP-Stimmen.) Ich habe nur eine Analyse aus meinem Wahlkreis. Daraus sieht man, daß ein Drittel der früheren GVP der Parole „Mit Heinemann in die SPD“ gefolgt ist. Die anderen sind an dieser bürgerlich-traditionellen Barriere gescheitert. Das scheint mir charakteristisch zu sein. Das bedeutet vor allem etwas für die Protestanten. Ich wäre dankbar, wenn die Bundesgeschäftsstelle das in den nächsten Wochen genau feststellen könnte; denn je nachdem wissen wir, wie wir uns im evangelischen Raum bewegen müssen. Das Problem Heinemann wird auf diese Weise vielleicht schneller ausgestanden.

Die Parole der FDP, die wahrscheinlich heute herauskommt, daß die FDP als nationale Opposition im Bundestag auftreten wird, würde bedeuten, daß Herr Döring definitiv das Heft in die Hand bekäme und die süddeutschen Demokraten trotz ihrer Beständigkeit völlig in den Hintergrund gedrängt würden. Das wird man abwarten müssen.

Zu der Frage, ob man der FDP eine Chance eröffnen soll, möchte ich zur Beruhigung meines Freundes Arnold sagen, wir sollten nicht den „dicken Willi“ spielen, aber wir sollten es darauf ankommen lassen. Wenn die anderen nein sagen, dann ziehen wir nicht die Taschentücher, um unsere Tränen abzutrocknen.

Zur DP muß ich sagen, daß uns die Wahlabsprache mit der DP nichts genützt hat. Die DP hat, soweit ich das in Süddeutschland gesehen habe, im Kampf gegen

71 Im Hessischen Rundfunk: Der neue Bundestag. Zur parlamentarischen Situation nach der Wahl (Materialien in ACDP I-210-085/1).

72 Dr. Gustav W. Heinemann (1899–1976), 1957–1969 MdB (SPD), 1969–1974 Bundespräsident. Vgl. PROTOKOLLE I S. 7 Anm. 32; WINTER S. 92–130.

73 Bei den Bundestagswahlen 1953 hatte die KPD 2,2 %, die GVP 1,2 % der Zweitstimmen erreicht, die SPD 28,8 %, während sie 1957 auf 31,8 % kam.

die FDP völlig versagt. Sie hat in Württemberg völlig gegen die FDP versagt. Sie hat nur gegen uns gekämpft. Sie hat die Unverschämtheit gehabt, den Kultusminister Simpfendorfer mit der Behauptung anzugreifen, er sei ein Vertreter der CDU-Garnitur, die unablässig das Soldatentum in den Dreck gezogen habe, früher unterstützt vom Herrn Bundeskanzler. Der Herr Bundeskanzler hätte sich jetzt wegen seiner NATO-Rücksichten eines anderen besonnen.

Das hat uns die DP im Wahlkampf auf den Tisch gelegt. Ich würde meinen, wir wollten hier nicht allzuviel Rücksicht darauf nehmen, daß es nun für ewige Zeiten bei einer solchen Rand- und Splittergruppe an unserem Flügel bleiben müsse.

Es reicht jetzt nicht die Zeit, um in eine grundsätzliche Diskussion einzutreten, z.B. über die Entwicklung und den Hintergrund des Liberalismus. Ich stimme im Grunde genommen der Analyse des Herrn Bundeskanzlers zu, muß aber sagen, der Deutschen Partei ist es nicht gelungen, die bescheidenste originale Gedankenleistung zur neuen Formulierung des Begriffes „konservativ“ zu vollbringen. Es besteht die Gefahr, daß unter diesem Stichwort wiederum nur unlautere Appelle an den sogenannten nationalen Instinkt gemacht werden. Das ist genau das, womit Herr Hugenberg⁷⁴ den konservativen Gedanken in Deutschland ruiniert hat, indem er seine völkische Partei⁷⁵ zu einem nationalen Haufen gemacht hat.

Das sind Dinge, die man sehen muß, wenn man mit den Leuten über eine Koalition verhandelt. Im Hintergrund steht die mögliche Entwicklung, die diese Wahl mit angezeigt hat, nämlich zu einer Art Zweiparteiensystem zu kommen. Man sollte diese Angelegenheit nicht übers Knie brechen und vor den Landtagswahlen nichts tun und auch nicht mit Erwägungen zum Wahlrecht herauskommen, sondern erst nach den Landtagswahlen darüber sprechen.

Adenauer: Ich weiß, daß ich für manchen von Ihnen nicht gerade angenehm spreche. Ich muß noch ein Wort über die Deutsche Partei sagen. Der norddeutsche Raum muß besonders betrachtet werden; den können Sie von Württemberg aus nicht richtig beurteilen. Dieser norddeutsche Raum bis nach Schleswig-Holstein war immer ein politisch merkwürdiges Gebilde. Die Deutsche Reichspartei und wie sie alle heißen fingen an, sich im Raum von Celle wieder zu sammeln. Die schwarze Fahne damals ist zuerst in Schleswig-Holstein gezogen worden. Dazu kommt, daß der dortige Protestantismus nur wenig vom Katholizismus kennt, so will ich mich mal ausdrücken.

Wenn Sie nun bedenken, lieber Herr Gerstenmaier, was in gewissen Gebieten gekommen wäre, wenn die Deutsche Partei nicht dagewesen wäre, das weiß ich nicht. Daß die Deutsche Partei ewige Zeiten vor sich haben wird, glaube ich auch nicht; aber ich meine, wenn man nun in einer solchen Stelle da sitzt, wie wir sie haben, dann kann man über manche Dinge hinwegsehen und einen Schwamm darüber

⁷⁴ Alfred Hugenberg (1865–1951), 1928–1933 Vorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 6 Anm. 17.

⁷⁵ Gemeint: Deutschnationale Volkspartei (DNVP).

wischen. Jedenfalls glaube ich, wenn wir allein eine Regierung bildeten, dann würden wir bei den Landtagswahlen die ganze Gesellschaft gegen uns haben. (*Zurufe: Sehr richtig!*) Deswegen wollen wir das Thema gar nicht erörtern, sondern es als erledigt betrachten. Wir wollen einmal hören, was die Deutsche Partei sagt. Die haben heute auch Vorstandssitzung.⁷⁶

*Sieveking*⁷⁷: Herr Bundeskanzler! Ich habe Ihre Ausführungen nicht so aufgefaßt, als ob sie einen Tadel für die CDU in Hamburg enthielten, wohl aber so, daß Sie auf die sehr komplizierte Situation hingewiesen haben, die jetzt entstanden ist. In Hamburg ist die SPD immer die größte Partei gewesen. Es wird nie gelingen, bei der Bevölkerung dieser Stadt sie auf den zweiten Rang zu bringen. Man kann die SPD nur schlagen, wenn die nichtsozialistischen Parteien zusammengehen. Ob das heute noch möglich ist, nachdem die FDP verloren hat, ist sehr fraglich. Selbst dann aber ist das Rennen durchaus noch offen. Die DP wird die 5%-Klausel wahrscheinlich nicht überspringen. Sie sind, unter uns gesagt, in Hamburg ein trauriger Haufen. Da liegt das Problem. Ich wäre dankbar, wenn Sie in den nächsten Tagen mit Hellwege sprächen und ihm sagten, die Sache geht nur so, daß die Leute bei uns auf die Liste kommen. Sie können nachher wieder ausscheren.

Mit dem BHE habe ich in diesem Sinne bereits gesprochen, daß sie mit auf unsere Liste kommen. Wenn wir also mit der FDP und der DP und dem BHE zusammengehen, dann liegt noch alles drin. Das möchte ich sagen, damit hier nicht eine Stimmung entsteht, als ob die Hamburger Wahl verloren sei. Sie ist durchaus nicht verloren.

Adenauer: Noch ein Wort zu Hamburg, weil dort die nächste Wahl ist, die auf die Bundestagswahl folgt und weil man nach deren Ausgang für die Landtagswahlen ein billiges Propagandamittel bekommen wird. Lieber Herr Sieveking! Ich muß Ihnen sagen, ich habe das Wort von den Honoratioren gesprochen, und zwar aufgrund meiner Erfahrungen in Hamburg in den Jahren 1946 bis 1948. Ich habe mich damals umsonst bemüht, die Hamburger CDU dazu zu bekommen, sich mehr um den Mittelstand und die Arbeiter zu bemühen. Es war einfach nicht möglich. Ich will gegen Herrn Petersen⁷⁸ kein Wort sagen. Er war mal Bürgermeister und hatte allerhand zu sagen. Aber die Herren lebten wirklich noch in dem Gedanken an früher: Honoratioren-Partei. Ich habe kein anderes Wort dafür. Die Leute haben damals in der Hamburger Geschäftsstelle nicht ihr Geld bekommen; denn die Honoratioren fühlten sich soweit nicht verpflichtet, ins Portemonnaie zu greifen. Sie haben sich in Hamburg zu wenig um den Mittelstand und um die Arbeiter gekümmert.

76 Vgl. Sachliche Forderungen für die Koalitionsgespräche (vom Parteivorsitzenden in der Sitzung des Direktoriums am 19. September 1957 verlesen) in ACDP I-148-050/2.

77 Dr. Kurt Sieveking (1897–1986), 1953–1957 Erster Bürgermeister von Hamburg (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 419 Anm. 1. – Vgl. Anm. 60.

78 Rudolf H. Petersen (1878–1962), Kaufmann, 1928 Vorsitzender des Verbandes Hamburger und deutscher Exporteure, 1945 Vizepräsident der Handelskammer Hamburg, 1945–1946 Bürgermeister.

Wir wollen aber nicht allein mit den Hamburger Angelegenheiten die Debatte ausfüllen. Jedoch ist die Bürgerschaftswahl von großer Bedeutung. Ich weiß und erkenne ohne weiteres an, daß Sie in Hamburg, gelinde gesagt, große Schwierigkeiten haben. Vielleicht können wir im Laufe der nächsten Zeit über die Hamburger Bürgerschaftswahlen noch einmal miteinander sprechen.

Von Hassel: Wir haben in Schleswig-Holstein die ganzen Kreise gewonnen, die für uns gefährdet waren, weil sie einen hohen Anteil von Industriearbeitern aufweisen. Ich möchte davor warnen, nunmehr anzunehmen, daß wir aus diesem Wahlergebnis auf die kommenden Landtagswahlen schließen könnten. Auf die Frage, was tut der Arbeiter, können wir bis heute keine klare Antwort geben. Es ist notwendig, dieses Thema innerhalb der Partei mit besonderer Sorgfalt aufzugreifen, um zu klären, was in der kommenden Zeit zu geschehen hat.

Zur Deutschen Partei! Nach dem Wahlkampf dieser Brüder waren wir alle geneigt, sie draußen verhungern zu lassen. Daß die Wahlvorbereitung und das Abkommen in Niedersachsen und Hessen⁷⁹ nicht sonderlich behagt haben, wissen wir alle. Heute sind wir klüger als vor der Wahl. Es hätte an wenigen Stimmen hängen können, um noch besser abzuschneiden. Aber post festum hat es keinen Zweck mehr, darüber zu diskutieren. Der Angriff gegen uns erstreckte sich auf den Mittelstandsbereich und auf den Bereich der Landwirtschaft. Eines ist wichtig: Wenn wir nicht die Worte realisieren, die im Wahlkampf über das Thema Mittelstand, vom Handwerk bis zur Landwirtschaft, gesprochen worden sind, dann werden die Landtagswahlen von vornherein unter ungewöhnlich ungünstigen Aspekten stehen. Ich wäre sehr dankbar, wenn die Bundestagsfraktion weder Gesetze einbrächte noch Reden hielte, die den Landtagswahlen schaden könnten. (*Krone:* Woher diese Sorge?) Ich spreche als Landtagsabgeordneter und als Landesvorsitzender.

Es gibt eine Reihe von Bundestagsabgeordneten, die die Verbindung zu einer Situation im Lande nicht immer ganz klar erkennen. (*Seidel:* Die kommen gleich nach dem Herrgott! – *Adenauer:* Die kommen zwischen Gott Vater und Gott Sohn! – *Heiterkeit.*) Wir müssen innerhalb der Partei das analysieren, was draußen gegen uns vorgebracht worden ist. Im Norden hat die FDP mit dem Wort von der Abendländischen Akademie⁸⁰ im Wahlkampf gestritten. Das ist ein absoluter Unfug. Diese Frage sollte man klären. (*Gurk:* Die Abendländische Akademie ist eine absolute Null!) Aber die FDP hat eine Eins davor gesetzt und eine Null daran gehängt. Ich darf noch darauf aufmerksam machen, daß innerhalb des BHE eine große Depression eingetreten ist. Wir können etwas erreichen, wenn wir unsere Auffassung den Vertriebenen gegenüber mit Nachdruck in den Vordergrund stellen. Der BHE hat in Schleswig-Holstein erklärt, über dieses Wahlergebnis werde sich Gomulka⁸¹ freuen,

⁷⁹ Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 1263f., insbes. S. 1264 Anm. 22.

⁸⁰ Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 570f. Anm. 68.

⁸¹ Wladyslaw Gomulka (1905–1982), polnischer Politiker (KP); 1956–1970 Erster Sekretär des ZK. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 1183 Anm. 5.

und zwar mit dem Unterton: Die Männer, die die Wiedervereinigung allein in den Vordergrund stellen, sind nicht mehr in den Bundestag gekommen. Darüber müssen wir nachdenken. Wir dürfen unter keinen Umständen die Fragen der Vertriebenen vernachlässigen. Hier ist eine Chance gegeben, um den Vertriebenen zu sagen: Wir betreiben eine vernünftige Vertriebenenpolitik.

Fay⁸²: Das Volk erwartet, daß man eine Regierung mit einem klaren Kurs bildet. Dieser klare Kurs ist manchmal nicht möglich, wenn man Teilhaber im Kabinett hat, die in wichtigen Dingen diametral anderer Meinung sind. Wir sind allerdings mit Rücksicht auf eine gewisse Situation in einigen Ländern – auch in Hessen – der Meinung, daß es vom politischen Gesichtspunkt her richtig wäre, der FDP ein Angebot zur Beteiligung an der Regierung zu machen, auch in der Hoffnung, daß dieses Angebot zu einem weiteren Zwist innerhalb der FDP führen würde; weiter in der Hoffnung, daß dieses Angebot nicht angenommen wird und daß es in der Bevölkerung einen guten Eindruck macht, wenn man sich in einer Regierung als starker Partner großzügig zeigt.

Ich gebe diese Gedanken zu bedenken. Ich neige zu Ihrer Meinung und freue mich, daß Sie eine Sinnesänderung gegenüber Ihrer Meinung vor vier Jahren vorgenommen haben. (*Adenauer*: Da wollte ich die FDP dabeihaben!) Es ist mit Rücksicht auf die Situation in den Ländern wichtig, ein solches Angebot zu machen.

Die Schwierigkeit liegt in der Frage des Wahlrechts. Es scheint mir notwendig zu sein, daß bis zur Landtagswahl von uns nichts über die Konzeption einer Änderung des Wahlrechts bekanntgegeben wird. Ich befürchte, daß das schwere politische Rückwirkungen auf die Landtagswahlen haben könnte. Wir sind zum ersten Mal die stärkste Partei in Hessen mit einem Vorsprung von 3 bis 4 %.⁸³ Wir wissen, daß wir das der Bundespolitik verdanken. (*Von Brentano*: Und der Wahlbeteiligung!) Die Wahlbeteiligung war noch nie so stark bei uns gewesen. Ich möchte unsere Bundespolitiker bitten, alles zu tun, um zu verhindern, daß die FDP in das Lager der SPD kommt. (*Adenauer*: Lassen Sie sie doch ruhig hingehen!) Herr Bundeskanzler! Aus einer gewissen landespolitischen Situation heraus – ich denke an Baden-Württemberg, Bayern und Hessen – könnte die Situation für uns nicht sehr günstig werden. Ich spreche diese Bitte im Namen meiner Kollegen aus Hessen aus.

Eplée⁸⁴: Hinsichtlich des BHE hat der Wahlausgang die Auffassung bestätigt, die wir in der letzten Vorstandssitzung zum Ausdruck gebracht haben. Es ergeben sich durchaus eine Reihe von Konsequenzen. Wir werden sehr unter dem Beschuß jener BHE-Leute stehen, die wir nicht für uns gewinnen werden. Diese Leute werden das, was wir zur Ostfrage sagen, bekämpfen.

82 Dr. Wilhelm Fay (1911–1980), 1952–1967 Landesvorsitzender der CDU Hessen, 1953–1970 MdL Hessen. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 154 Anm. 46.

83 Die CDU hatte 40,9 % der Zweitstimmen erreicht, die SPD 38,0 %, die FDP 8,5 %.

84 Hermann A. Eplée (1908–1973), 1953 und 1958–1961 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 180 Anm. 82.

Ich wende mich an den Herrn Außenminister mit der Bitte, das Vorgehen hinter den Kulissen sehr nüchtern zu betrachten, sonst könnte der Herr Außenminister feststellen, daß er eines Tages ein Trojanisches Pferd vor sich hat. Unsere Verpflichtung gegenüber den Vertriebenen ist nun besonders groß geworden. Darin liegt auch eine Chance, die wir in der Partei ausnutzen müssen. Die Partei sollte sich in Zukunft mehr des verlängerten Armes, den der Landesverband Oder-Neiße darstellt, bedienen. Dann könnte für die Bundesregierung manches leichter und einfacher werden. Mit Unterstützung der Partei könnten wir unsere Pläne zu einem gewissen Abschluß bringen. Ich bitte darum, daß sich der geschäftsführende Vorstand mit diesem Anliegen befaßt.

Herr Bundeskanzler! Sie erwähnten, daß wir ein neues Statut brauchen. Darüber werden sich in erster Linie die Juristen zu unterhalten haben. Auf der anderen Seite glaube ich aber, daß wir unser Statut nicht genügend ausgenutzt haben. Ich habe schon einmal darauf aufmerksam gemacht, daß wir eine Wahlkommission hätten bilden können. Aber das haben wir leider nicht getan. Wir sollten also die uns jetzt gegebene Chance möglichst stark ausnutzen.

Adenauer: Zur allgemeinen Aussprache haben sich noch zu Wort gemeldet: Scharnberg, Hellwig⁸⁵, Bach⁸⁶ und Reinert⁸⁷. Ich würde vorschlagen, damit die Rednerliste zu schließen. Wir werden ja bald wieder zusammenkommen müssen, wenn wir eine genaue Analyse haben. Ich hielt es aber für notwendig, daß der Parteivorstand heute zusammentritt, weil morgen der Fraktionsvorstand tagt. Betrachten Sie die heutige Aussprache nicht als ein abgerundetes Ganzes, sondern beschränken Sie sich auf aphoristische Bemerkungen.

Es haben sich noch gemeldet die Herren Gebhard Müller und Schmücker⁸⁸. Damit wollen wir die Liste schließen. Das Wort hat Herr Scharnberg. (*Zuruf:* Ist nicht anwesend!) Dann kann ich ihn also streichen! (*Heiterkeit.*)

Hellwig: Die Bundestagswahlen unterliegen anderen Gesetzen als die Landtagswahlen und die Kommunalwahlen. Diese Chance werden unsere Gegner unter allen Umständen auszunutzen versuchen mit folgender Wahlparole: Wir haben den außenpolitischen Kurs der CDU auf der Bundesebene bestätigt, aber um die Gefahr einer absoluten Mehrheit der CDU auf Bundesebene zu korrigieren, muß über die Landtagswahlen im Bundesrat das Gegengewicht geschaffen werden. Das wird mit

85 Dr. Fritz Hellwig (geb. 1912), 1953–1959 MdB (CDU, 1956–1959 Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaftspolitik). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 167 Anm. 4.

86 Ernst Bach (1902–1965), 1950–1960 Bundesschatzmeister der CDU, 1955–1960 stv. Vorsitzender der CDU Westfalen-Lippe. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 5 Anm. 23.

87 Dr. Egon Reinert (1908–1959), 1956–1959 MdL Saar (CDU), 1956–1957 Minister für Justiz sowie Kultus, Unterricht und Volksbildung, 1957–1959 Vorsitzender des CDU-Landesverbands Saar, 1957–1959 Ministerpräsident (1959 auch Justizminister). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 1301 Anm. 75.

88 Dr. h.c. Kurt Schmücker (geb. 1919), 1949–1972 MdB (CDU), 1956–1966 Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung der CDU. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 920 Anm. 1.

Sicherheit in den Landtagswahlkämpfen in den Vordergrund geschoben. Daher sollte vor den Landtagswahlen alles vermieden werden, was Mißtrauen erwecken könnte. Man wird insbesondere auf das Wahlgesetz sehen müssen. Ich halte es für gefährlich, überhaupt nur eine Diskussion über das Wahlrecht in der Öffentlichkeit eintreten zu lassen.

Das gleiche möchte ich auch für das Rundfunkprogramm sagen. (*Adenauer*: Was wollen Sie denn bei den Landtagswahlen machen?) Die Frage des Rundfunks vorzubereiten, ist zwar richtig, aber nicht an dieser empfindlichen Stelle den Eindruck hervorzurufen, daß wir mit unserer Mehrheit sofort etwas machen wollen, weil die Gegner behaupten, wir würden die Meinungsfreiheit des Rundfunks antasten. Das kann sich bei der Landtagswahl gegen uns auswirken.

So sehe ich auch die Koalitionsfrage. Die Koalitionsfrage ist nicht nur eine Bundesangelegenheit, sondern auch eine Landesangelegenheit, weil wir Koalitionen auf der Landesebene mit solchen Partnern brauchen, die auf der Bundesebene außerhalb der Diskussion stehen oder in Zukunft stehen können. Wir werden mit diesen Koalitionen auf Landesebene für bestimmte Dinge, die im Gesetzgebungsprogramm des Bundestages stehen, die Mehrheit im Bundesrat erhalten. Ich spreche von der Steuerreform, vom Finanzausgleich usw.

Wenn es uns nicht gelingt, das Verhältnis zu den Koalitionspartnern, die wir auf der Landesebene brauchen, auch bei der Bildung der Bundesregierung so erträglich zu gestalten, daß es auf der Landesebene mitspielt, d.h. im Bundesrat für unsere Mehrheit gesorgt wird, dann kommen wir an der Hürde des Bundesrates nicht vorbei. Wir sollten der FDP nicht nachlaufen, aber das Nein zur Koalitionsfrage muß von der FDP und nicht von uns aus erfolgen.

Adenauer: Herr Hellwig! Wer hat eigentlich die Wahl gewonnen, wir oder die FDP? Und womit haben wir sie gewonnen? Wir haben sie nur im Angriff gewonnen. Glauben Sie, daß Sie die Landtagswahlen im Nachgeben gewinnen? Die gewinnen wir nur im Angriff. Ich pflichte Ihnen bei, die Wahlgeschichte wegzulassen; darüber kann die Wählergesellschaft⁸⁹ schreiben, aber, lieber Herr Hellwig, wenn wir Ihnen folgten, dann würden wir am besten im Bundestag drei Jahre lang den Daumen drehen; denn wir haben in den nächsten beiden Jahren überall Landtagswahlen.

Sie wollen auch nicht an den Rundfunk herangehen, damit die SPD und die FDP bei den Landtagswahlen den Rundfunk in schamloser Weise gegen uns benutzen werden! (*Hellwig*: Wir sollten nicht herangehen vor den Wahlen bis zum nächsten Frühjahr!) Wir haben doch in den nächsten beiden Jahren Landtagswahlen. (*Hellwig*: Wir haben zwei Jahre relative Ruhe!) Das ist ein Irrtum. Es wird ständig gewählt. Wenn wir Ihnen folgen sollen, dann können wir uns jeder eine Kaffeemühle nehmen

⁸⁹ Gegründet am 20. September 1947 in Frankfurt/M. mit dem Ziel, durch Organisation der Wähler und Einwirken auf die Parlamente eine grundlegende Wahlrechtsänderung herbeizuführen. Vorsitzender war Dolf Sternberger; Organ war die Zeitschrift „Der Wähler“ (zur Geschichte vgl. LANGE S. 307–317).

und sie ständig runderdrehen. Da bin ich ganz anderer Meinung, völlig anderer Ansicht. Gewisse Punkte soll man herauslassen, aber wenn wir kraft unserer Mehrheit jetzt nicht an die Arbeit gehen, dann haben wir bei den Landtagswahlen überhaupt keine Aussichten.

Ich stimme völlig dem zu, was Herr von Hassel gesagt hat, wir müssen uns dem Mittelstand und der Landwirtschaft zuwenden. Wir müssen die Rundfunkfrage anpacken. Aber so, wie Sie es sehen, gewinnt man die Wahl nicht, Herr Hellwig. Nehmen Sie Nordrhein-Westfalen! Wer ist in Nordrhein-Westfalen nach wie vor unser Hauptgegner? Das ist die SPD. Und nun sollen wir uns auf einmal brav kuschen und nichts tun? Ich glaube, ich bin doch noch zu jung, um die ganze Sache zu verstehen! (*Lebhafte Heiterkeit.*)

Bach: Ich bin davon überzeugt, daß die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und in Bayern zu gewinnen sind, wenn wir in demselben Angriffsgeist vorgehen wie bei der Bundestagswahl. Die SPD hat die Stimmen der Kommunisten, die dort verlorengegangen sind, nicht aufholen können, so daß uns hier wirklich ein Einbruch gelungen ist. Ich halte es für notwendig, daß der Bundestag einige Gesetze macht, auf die die Allgemeinheit wartet. Ein großer Teil der Wähler hat uns nicht aus Überzeugung gewählt, sondern als das kleinere Übel. Die Leute sagen: Wann kommt endlich eine Steuergesetzgebung, die auch der normale Mensch versteht? Es ist auch eine Überprüfung der sozialen Gesetzgebung notwendig, weil mit dem neuen Gesetz über das Krankengeld durch die Betriebe etwas Unsoziales geschehen ist. Der unverheiratete Arbeiter erhält jetzt praktisch mehr als der verheiratete Arbeiter. (*Adenauer:* Sollen wir jetzt nicht bei den großen Gesichtspunkten bleiben?) Ja! Auch das Rundfunkgesetz muß geschaffen werden. Bei den Kommunen ist es so, daß dort kaum noch Männer sind, die etwas von den Dingen verstehen. Es gibt auch keine echte Verantwortlichkeit mehr dort. Es ist eine Aufgabe des Bundestages, dafür zu sorgen, daß der Finanzausgleich nicht nur zwischen Bund und Ländern, sondern auch zwischen Bund, Ländern und Gemeinden wiederhergestellt wird.

Reinert: Ich kann von der Saar nur Erfreuliches berichten. Die Saar hat zum ersten Mal als neues Land an den Bundestagswahlen teilgenommen und für unsere Partei einen Stimmenzuwachs von 26,3 % gebracht, obwohl unsere Partei am 19. Mai in zwei Teile gespalten wurde und zunächst aktionsunfähig war.⁹⁰ Wir haben die FDP und die DP vernichtend geschlagen. Der Zuwachs der SPD mit 18 % ist im wesentlichen auf die Stimmen der Kommunisten zurückzuführen und zweitens auf die Stimmen, die früher SPS gewählt haben.

Wir haben den Wahlkampf Schulter an Schulter mit der CSU geführt, der früheren CVP. Wir haben uns keine Unfreundlichkeiten gesagt, sondern sind nur parallel

⁹⁰ Beschlossen war am 18. Mai 1957 eine Arbeitsgemeinschaft zwischen CDU und CVP, die dann aber nicht zustande kam. Zu Einzelheiten vgl. PROTOKOLLE 2 S. 1302–1315. – Die CDU hatte 33,3 % der Zweitstimmen erreicht, die CSU 21,3 %, die SPD 25,1 %, die FDP/DPS 18,2 %.

gestartet. Anschließend werden die Gespräche, die ins Stocken geraten waren, wieder angeknüpft. Wir hatten insofern eine schwierige Situation, als es auf den Plakaten einmal hieß: Wählt Liste 1! – und zum anderen: Wählt Liste 3! Das hat dazu geführt, daß sich diesmal 10 % der an sich stimmfreudigen Saarländer der Stimme enthalten haben.⁹¹

Adenauer: Wir danken Ihnen und allen Ihren Mitarbeitern sehr dafür. Es wird der Zeitpunkt kommen, wo an der Saar nur noch eine christliche Partei bestehen wird. Nachdem sich die Bevölkerung so deutlich zugunsten der CDU ausgesprochen hat, wird wohl auch die CVP das einsehen. Vielleicht ist die Möglichkeit gegeben, auf dem Wege über die Landtagsfraktion zusammenzukommen. (*Reinert:* Gespräche über eine Arbeitsgemeinschaft sind schon aufgenommen!) Das ist sehr erfreulich.

Müller: Ich möchte etwas sagen über die künftige Entwicklung des Bundesrates. Der Herr Bundeskanzler ist kein besonderer Freund des Bundesrates. Andererseits ist der Bundesrat ein Instrument, mit dem man, wenn man es zu spielen versteht, der Bundesregierung eine große Unterstützung geben kann.

Die SPD wird nunmehr versuchen, diejenigen Positionen auszubauen, die ihr verblieben sind, und zwar die Kommunen, die Genossenschaften, die Gewerkschaften, den Rundfunk usw. Es scheint auch, daß die SPD über den Bundesrat den Sieg der CDU zu hemmen oder auszuschalten versucht. Sie hat in München und in Düsseldorf erklärt, daß sie nicht daran denkt, die Regierung zu ändern. Wir müssen damit rechnen, daß in Hamburg die Situation bei den nächsten Wahlen zumindest kritisch wird, so daß unter Umständen von dort weitere drei sozialdemokratische Stimmen in den Bundesrat kommen. Dann sind wir nur noch mit 21 gegen 20. Ich glaube aber, daß das vorübergehend sein wird, weil die Chance besteht, in Nordrhein-Westfalen und Bayern die Dinge zu ändern. Wir müssen allerdings damit rechnen, daß die Landtagswahlen nach einem starken Aufschwung der CDU in der Regel einen gewissen Rückgang bringen. Über die Gründe will ich jetzt nicht reden.

Mein eigentliches Anliegen ist folgendes: Es würde die Situation im Bundesrat und in den Ländern, wo die SPD die Möglichkeit hat, die Koalition mit der FDP zu ändern, außerordentlich erleichtern, wenn von uns aus nicht von vornherein eine Absage an die FDP wegen einer Regierungsbeteiligung erfolgte. Ich würde meinen, daß ein allgemein gehaltenes Angebot oder irgendwie eine Bereitwilligkeit, mit der FDP in eine Koalition zu kommen, außerordentlich bedeutsam wäre. Bei uns konnte Reinhold Maier einen Zuwachs dadurch erzielen, daß er drei Tage vor der Wahl erklärt hat: Wir werden niemals mit der SPD eine Koalition im Bundestag bilden.

Wenn die FDP jetzt vor die Frage gestellt wird, ob sie in einer neuen Bundesregierung mitmacht, dann wird ein starker Keil der Zersetzung in die FDP hineingetragen. Aus diesem Grunde sollten wir das nicht von vornherein ablehnen; denn eine Beteiligung der FDP wäre nicht ein Sieg der FDP, sondern ein Sieg für uns. (*Teilweiser Beifall.* – *Zuruf:* Das ist doch unklar!)

⁹¹ Die Wahlbeteiligung betrug 89,3 %.

Adenauer: Dort unten scheint ein „FDP-freundlicher“ Flügel zu sitzen. (*Gerstenmaier:* Der Herr Müller meint, so könne man am besten die FDP kaputt machen. – *Zurufe:* Wieso?) Die Sache ist wichtig genug, um ein Wort darüber zu sprechen. Zunächst zum Bundesrat! Herr Müller, Sie haben mich falsch verstanden. Ich bin kein Freund der Entwicklung, die der Bundesrat genommen hat. Ich habe nur festgestellt, daß diese Entwicklung nicht die Absicht des Gesetzgebers gewesen ist. Ich habe weiter gesagt, daß auch einzelne Bundesminister an dieser Entwicklung teilgenommen haben. Wenn man z.B. erleben muß, daß der eine oder andere Bundesminister seine Gesetze zuerst mit den Länderministern bespricht, ehe er sie ins Kabinett bringt, dann ist das doch eine unmögliche Angelegenheit. (*Müller:* Das erleichtert das Verfahren!) Der Bundesrat ist geschaffen worden, um vom Standpunkt der Länder aus seine Erfahrungen zur Verfügung zu stellen. Aber der Bundesrat entwickelt sich zu einem Instrument einer besonderen Politik. Ich habe gestern einen Brief von Herrn von Brentano bekommen, in dem er mich bittet, mit den Ministerpräsidenten darüber zu sprechen. Er schreibt: Nach langen, langen Verhandlungen ist es gelungen, einen deutsch-französischen Niederlassungsvertrag zu schaffen. Jetzt will eine Mehrheit im Bundesrat dagegen ... (*Müller:* Wenn man seit über einem Jahr die Bedenken der Länder überhaupt nicht berücksichtigt hat! Seit einem Jahr bitten wir, daß diesen Bedenken Rechnung getragen wird!) Wer ist denn für die Außenpolitik verantwortlich, die Länder oder der Bundestag und die Bundesregierung? (*Müller:* Wir sind der Meinung, daß hier das Grundgesetz maßgebend ist. Darüber kann man nicht hinweg!) Ja sicher! Aber ich finde diese Entwicklung für unmöglich. Ich sage Ihnen ganz offen, in den meisten Ländern versteht man nichts von der Außenpolitik; kann man auch nichts davon verstehen. Wenn irgendein Land besondere Wünsche wegen eines Niederlassungsvertrages hat, sollte man sie berücksichtigen. Stellen Sie sich doch bitte den Schaden vor, der in den außenpolitischen Beziehungen entsteht, wenn jetzt nach langen Verhandlungen ein Vertrag mit der französischen Regierung zustande gekommen ist, der nun vom Bundesrat einfach kaputtgemacht wird. Das ist doch eine Entwicklung des Bundesrates, an die kein Mensch gedacht hat.

Ein Wort zur FDP! Es ist eben gesagt worden, wir sollten die FDP nein sagen lassen; wir sollten nicht nein sagen; d.h. mit anderen Worten, wir sollten der FDP ein Angebot machen; denn sonst kann keiner nein sagen, wenn er kein Angebot bekommt. Nun erinnere ich Sie an das, was Herr Gerstenmaier aus dem Wahlbrief des Herrn Reinhold Maier vorgelesen hat. Ich frage Sie, haben wir nicht auch eine Parteihhre? (*Arnold:* Sehr richtig!) Wir haben auch eine Parteihhre. Und wenn der Vorsitzende dieser Partei sagt: Verschwendung, Korruption und Parteidiktatur, dann ist das eine Unverschämtheit ersten Ranges. Und nun sollen wir einem solchen Manne ein Angebot machen! Das würde ich niemals tun! Ich sage Ihnen schlangweg, wenn Leute der FDP kommen und mit uns verhandeln wollen, dann ist die Tür offen. Ich habe noch nirgendwo gesagt, daß wir sie nicht wollen. Ich habe geschwiegen. Aber bitte, ich wiederhole das Wort, daß die Ablehnung von der FDP kommen soll, niemals! Unsere Wähler würden uns mit Recht steinigen, wenn wir so wenig Mut zeigten.

Noch eins! Warum haben die Landtagswahlen weniger Erfolge gebracht als die Bundestagswahl! Das will ich Ihnen sagen. Wir werden uns noch darüber zu unterhalten haben. Wir haben scherzhaft gesagt: Wir wollen einmal bei der Bundesgeschäftsstelle eine Kommanditgesellschaft zur Durchführung von Wahlen im In- und Auslande gründen. Übergeben Sie uns bitte die Durchführung der Landtagswahlen, dann werden Sie sehen, daß Sie gewinnen. (*Teilweise Widerspruch.*) Ja, meine Damen und Herren, man muß an die Sache herangehen.

Arnold: Hinsichtlich der FDP stimme ich völlig mit dem überein, was der Herr Bundeskanzler gesagt hat. Es ist nach der Art und Weise, wie die FDP den Wahlkampf geführt hat, für eine Partei wie die CDU ausgeschlossen, ein Angebot an die FDP zu machen, daß sie in die Bundesregierung eintreten soll. Außerdem haben vorgestern schon Mende⁹² und Döring in Düsseldorf eindeutig erklärt, daß sie nicht daran dächten, jetzt in eine Bundesregierung einzutreten. Die Düsseldorfer Regierung, unter maßgebender Führung der FDP, hat erklärt, daß sich an der Düsseldorfer Regierung nichts ändern werde, daß man fest entschlossen sei, die bisherige Landesregierung beizubehalten bis zur nächsten Landtagswahl.

Glauben Sie, wir könnten hier in Bonn, selbst wenn die FDP es wollte, die FDP hereinnehmen und die Düsseldorfer Regierung belassen? Dann brauchen wir in Nordrhein-Westfalen gar nicht erst anzufangen, die Landtagswahlen vorzubereiten. Das wäre für unsere Propaganda unmöglich. Ich bin eigentlich erstaunt, von den süddeutschen Herren zu hören, daß man mittlerweile mit der FDP sympathisiert, während noch vor einiger Zeit genau das Gegenteil der Fall war.

Gerstenmaier: Meinem Landsmann und Kollegen Arnold darf ich sagen, das ist ein großes Mißverständnis, wenn er verstanden hat, daß irgendein Mensch von Süddeutschland einschließlich meines regulären und legitimen Landesvaters Gebhard Müller Sympathie mit dieser Partei habe. Die Frage lautet so: Wie werden wir mit diesen Brüdern fertig, damit sie überhaupt nicht mehr erscheinen?

Arnold: Wir werden nur fertig mit ihnen im eindeutigen klaren Kampf gegen sie.

Hellwig: Es gibt ein kluges politisches Wort: Die Koalition ist die raffinierteste Form, mit einem Gegner fertig zu werden.

Adenauer: Dann könnten wir ja mit der SPD koalieren! Was sagen Sie denn dazu, Herr Hellwig? Jetzt schweigt er!

Heck: Es ist wohl zweckmäßig, wenn ich mich kurz fasse; denn das notwendige Material zu einer Analyse liegt noch nicht vor. In dieser Hochstimmung der gewonnenen Wahl möchte ich einige kritische Worte sagen. Zunächst war die Ausgangssituation für diese Wahl nicht so eindeutig wie bei der Wahl im Jahre 1953.

92 Dr. Erich Mende (geb. 1916), 1949–1980 MdB (bis 1970 FDP, 1950–1953 Fraktionsgeschäftsführer, 1957–1963 Fraktionsvorsitzender, 1960–1967 Bundesvorsitzender, seit 1970 CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 496 Anm. 5.

Die Meinungsumfragen hatten ergeben:

	SPD	CDU
Im Juni 1953	28 %	39 %
im Juni 1957	42 %	43 %

Die Gesamtentwicklung über ein Jahr hinweg, vom November des vorigen Jahres bis heute, war allerdings eindeutig. Die SPD hatte ihren Höchststand im November vorigen Jahres erreicht und dann fortlaufend abgenommen, mit zwei Ausnahmen, die sich eindeutig erklären lassen, und zwar war die Entwicklung folgendermaßen:

	SPD	CDU
November	45 %	38 %
Dezember	43 %	39 %
Januar	42 %	41 %
Februar	38 %	44 %
März	42 %	39 %
(Erhöhung des Brotpreises ⁹³)		
April	38 %	44 %
Mai	41 %	48 %
Juni	42 %	43 %
(Atom-Appelle ⁹⁴)		
Juli	36 %	46 %
August	38 %	47 %
September	32 %	50 %

Die schlechte Ausgangssituation im November für die CDU war dadurch bedingt, daß die CDU-Meinung uneinheitlich in der Öffentlichkeit erschienen ist. Man hat also hier ein klares Bild darüber, was es bedeutet, ob eine Partei geschlossen nach außen auftritt oder nicht. Die damalige Vorstandssitzung hat wohl wesentlich dazu beigetragen, daß Anfang dieses Jahres die Front wieder geschlossen dastand. Wir sollten uns also in den kommenden Jahren sehr davor hüten, eine zu individuelle Politik zu betreiben.

Ich möchte noch darauf hinweisen, daß bei dieser Wahl einige Erscheinungen aufgetreten sind, die wir uns nicht erklären können. Am interessantesten ist Baden-Württemberg, wo die südlichen Landesteile 3 bis 4 % verloren und die nördlichen

93 Im März war der Preis für ein Zweipfundbrot um drei Pfennig, für das Dreipfundbrot um vier Pfennig gestiegen (vgl. PROTOKOLLE 2 S. 1152 Anm. 53).

94 Gemeint sind die sog. „Göttinger Erklärung“ vom 12. April 1957 (vgl. PROTOKOLLE 2 S. 1224 Anm. 4) sowie Aufrufe von Albert Schweitzer (EBD. Anm. 5).

Landesteile Stimmen gewonnen haben. Vielleicht ist es darauf zurückzuführen, daß die Konfessionsfrage auf der evangelischen Seite in verschiedenen nördlichen Teilen, wo eine Mehrheit ist, nicht eine so große Rolle spielt. (*Widerspruch und Unruhe.*) Ja, meine Damen und Herren, diese Frage läßt sich nicht beantworten. Es ist ein außergewöhnliches Symptom, daß zwei Landstriche geschlossen absinken, während der übrige Teil des Landes anwächst.

Für das ganze Bundesgebiet läßt sich sagen, daß der große Erfolg in Hessen nicht denkbar gewesen wäre, wenn in Hessen die FDP nicht auseinandergeplatzt wäre. Was 1953 in Baden-Württemberg durch die Bildung des Südweststaates⁹⁵ galt, das gilt in ähnlicher Weise diesmal für Nordrhein-Westfalen, nämlich die Gegenbewegung auf den Regierungssturz⁹⁶. Die erhöhten Ziffern in Nordrhein-Westfalen sollten wir nicht für die Landtagswahlen zugrunde legen. Gerade in Nordrhein-Westfalen müssen alle Anstrengungen gemacht werden, wenn wir verhindern wollen, daß uns noch einmal der Stuhl vor die Türe gesetzt wird.

Die Wahlbeteiligung ist gegenüber 1953 noch um 2 % gestiegen.⁹⁷ Höher geht es mit Sicherheit nicht mehr. Die erhöhte Wahlbeteiligung ist, so glaube ich, uns zugute gekommen. Die Wahlbeteiligung in den einzelnen Kreisen ist allerdings sehr unterschiedlich. So hatte z.B. der Wahlkreis Brilon eine Wahlbeteiligung von 96,3 %, dagegen der Wahlkreis Calw – das ist der Heinemann-Kreis – nur eine solche von 76,6 %. Die Wahlbeteiligung ist im evangelischen Raum nur geringfügig weniger hoch als im katholischen Raum. Auch im industriellen Gebiet hat sich die Wahlbeteiligung dem wirtschaftlichen Bereich angeglichen. Über die Wahlbeteiligung der Männer und Frauen liegt noch nichts vor. Das gleiche gilt für die Briefwahl. Man weiß nur, daß verhältnismäßig viele Stimmen bei der Briefwahl ungültig waren.

Die Sozialdemokraten haben, wenn man die Stimmen der KP und der GVP abzieht, sich gegenüber 1953 nicht halten können, d.h. es ist eindeutig festgestellt worden, daß die Sozialdemokraten in ihrem Stammbereich Stimmen verloren haben. Wir können aber mit Sicherheit rechnen, daß sie aus kleinbürgerlichen und teilweise intellektuellen Kreisen einen Stimmenzuwachs bekommen haben. Die Verluste bei ihr beziehen sich auf die Arbeiterschaft. Das ist aus einzelnen Wahlkreisen zu ersehen, am deutlichsten in Nordrhein-Westfalen. Es wäre sonst nicht zu erklären, woher der starke Stimmenzuwachs der CDU kommt.

95 Nach der Volksabstimmung vom 9. Dezember 1951 und der Wahl vom 9. März 1952 zur Verfassungsgebenden Landesversammlung, in der die CDU mit 36 % der Stimmen stärkste Partei geworden war, hatte Reinhold Maier (FDP/DVP) eine Koalition von FDP/DVP, SPD und BHE gebildet. – Nach der Bundestagswahl 1953, die der CDU die absolute Mehrheit der Zweitstimmen von 52,4 % eingebracht hatte, stürzte die Regierung Maier; neuer Ministerpräsident wurde Gebhard Müller.

96 Am 20. Februar 1956 war die FDP aus der Koalition mit der CDU ausgeschieden und hatte anschließend mit der SPD eine Regierung unter Fritz Steinhoff (SPD) gebildet. – Die CDU hatte bei der Bundestagswahl 1957 54,2 % der Zweitstimmen erreicht gegenüber 48,9 % bei den Bundestagswahlen 1953.

97 Die Wahlbeteiligung hatte 1953 86,0 % betragen; 1957 lag sie bei 87,8 %.

Adenauer: Darf ich etwas sagen! Im Saargebiet sind bei der letzten Landtagswahl über 6 % kommunistische Stimmen abgegeben worden. Um wieviel Prozent hat die SPD bei der Bundestagswahl zugenommen? (*Schröder:* Sie hat 4 % bekommen, so daß der Verlust der Sozialdemokratie noch größer ist.)

Heck: Der große Wahlerfolg ist zu einem guten Teil der evangelischen Bevölkerung zuzuschreiben. Im evangelischen Bereich ist erheblich stärker CDU gewählt worden als im Jahre 1953. Das gilt für Nord-Württemberg, Nord-Baden, Bayern und die norddeutschen Bezirke. Das Bild über die jungen Wähler läßt sich noch nicht übersehen.

Der Wahlerfolg war groß. Die Kampagne ist mit einem großen Einsatz geführt worden, und zwar in allen Ländern. Es ist für uns nützlich, nach einer Wahl zu überlegen, was nicht so gelaufen ist, wie wir es uns gewünscht hätten. Wir sollten uns über die festgestellten Mängel ganz offen aussprechen, ohne daß sich irgendein Landesverband in die Defensive gedrängt sieht oder betroffen fühlt.

Es bleibt noch viel zu tun. Wenn wir z.B. einmal eine schlechtere Ausgangssituation für die Wahl bekommen oder wenn sich die gegnerischen Parteien wie SPD und FDP nicht so miserabel schlagen wie in diesem Wahlkampf, dann wird es entscheidend darauf ankommen, daß die Führung der Kampagne von der Organisation her so vollkommen wie irgend möglich ist. Ich halte es für notwendig, daß wir zunächst einmal auf der Bundesgeschäftsstelle zusammen mit den Landesgeschäftsführern eine sorgfältige Analyse durchführen, ehe wir im Bundesparteivorstand darüber sprechen; denn sonst würden wir nur unnötige Zeit in Anspruch nehmen.

Meyers: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Es ist bei den Zahlen manchem nicht klar, daß jeder zweite Wähler CDU gewählt hat. Jeder 50. von diesen Wählern war Mitglied der CDU. Das ist ein Tatbestand, der zu denken gibt, insbesondere deshalb, weil es uns 1953 nicht gelungen ist, den 80. Geburtstag des Bundeskanzlers zur Mitgliederwerbung auszunutzen. Wenn es uns jetzt nicht gelingt, in erheblichem Umfange Mitglieder zu werben, dann sind wir einfach nicht gewillt, es zu tun.

Jetzt müssen wir nachstoßen! Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen! Denken Sie an die Begeisterung der jungen Leute, die mit einem großen Schwung an die Arbeit gegangen sind, der unsere Gegner einfach überrannt hat. Das ist einer der Erfolge unserer Partei, weil man nicht damit gerechnet hatte, daß diese Partei in der Lage wäre, außer den bewährten Leuten einen solchen Schwung junger Wähler an sich zu ziehen. Das hängt natürlich mit der Vorbereitung zusammen. Es sind viele Diskussionsredner geschult worden. Hier dürfen wir in der Arbeit nicht nachlassen. Wenn Pannen passiert sind, dann lag das meistens bei der Versammlungsleitung oder bei der schlechten Versammlungsvorbereitung. Wir werden die Spitzenredner bitten, uns einen Erfahrungsbericht über diesen Wahlkampf zu geben.

Die SPD ist in den Kommunen sehr stark verankert und hat immer dort stark gewirkt mit ihrer Personalpolitik. Das ist ein Grund für uns, unsere Kommunalpolitik einmal gründlich zu überprüfen. Man muß allerdings zugeben, daß die letzten Kom-

munalwahlen größtenteils unter den Parolen Wehrpflicht, Preise und Rentenreform geführt worden sind. Es ist festzustellen, daß gewisse Probleme lange Wellen schlugen, während andere Probleme nur ganz kurze Einbrüche erzielt haben. Sie können an den Kurven genau verfolgen, daß Einbrüche da sind bei der Preisdebatte des Bundestages, bei der Atomdebatte und der Göttinger Erklärung⁹⁸ und schließlich auch bei einem objektiven Ereignis, das mit Politik nichts zu tun hat, nämlich beim Iller-Unglück⁹⁹. Diese drei Einbrüche waren aber kurzfristig wieder behoben, während andere Probleme lange Wellen geschlagen haben und nur durch unseren persönlichen Einsatz – an der Spitze der Herr Bundeskanzler – überwunden werden konnten.

Das Erstaunliche in allen unseren Versammlungen ist der große Zulauf von jungen Leuten gewesen. Daraus ergibt sich die Folgerung: nicht nur Mitgliederwerbung, sondern auch Betreuung der jungen Leute! Sie sind voraussetzungsloser als ihre Väter, die in die Vorstellungen der SPD hineingeboren worden sind. Es wäre zu überlegen, ob wir uns nicht in kleinem Kreise, insbesondere der betroffenen Landesverbände, zusammensetzen sollen, um zu sehen, wie von der hohen politischen Linie aus die Landtagswahlen geführt werden können. Die schlechte Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen hängt vielleicht mit der Länderbildung durch die Besatzungsmächte zusammen.

Zusammenfassend ergeben sich aus dem Ausgang der Bundestagswahl folgende Folgerungen: Wir sollten uns bemühen, die Einigkeit, die wir erzielt haben, zu behalten. Das erfordert von jedem einzelnen ein Zurückstecken seiner persönlichen Ziele und seiner Originalität. Wir sind im Ausland als die Partei der Köpfe bezeichnet worden. Welche Körperteile sie den anderen Parteien zumessen, weiß ich nicht. Aber da wir das sind, sollten wir die genannten Dinge einmal zurückstellen. Es ist nichts schwieriger, als den Sieg zu behalten. Es wäre richtig, wenn wir uns in dieser Stunde vornähmen: Wir wollen diese Einigkeit und Geschlossenheit zumindest nach außen weiterhin führen und zeigen. Das soll nicht heißen, daß wir im Inneren die Probleme abtun wollten, indem wir daran vorbeigehen.

Die Mitgliederwerbung ist ein Punkt, der durchaus möglich ist, wenn man die Leute richtig anspricht. Wenn es uns jetzt nicht gelingt, dann weiß ich nicht, in welcher Situation die CDU zu einer Mitgliederpartei gebracht werden soll. Wenn wir diese günstige Gelegenheit verpassen, werden wir niemals zu einer Mitgliederpartei werden. Wir müssen ferner dazu kommen, ein Zentrum der Partei zu haben – ich sehe Sie nicht an, Herr Pferdenges –, das die Partei in die Lage versetzt, zu handeln. Wir müssen weiter außerhalb der Nassestraße ein vernünftiges Haus haben, ein würdiges Unterkommen für die Partei. Der Parteivorstand könnte sich in der Nassestraße nicht versammeln. Ich habe gesagt, was würden wir machen, wenn in der Wahlnacht das Palais Schaumburg von Kommunisten in Brand gesteckt worden wäre. Dann hätten wir keine Unterkunft. Das muß also in Angriff genommen werden. Es ist nicht zuviel

⁹⁸ Vgl. Anm. 93 und 94.

⁹⁹ Am 3. Juni 1957 waren 15 Soldaten beim Überqueren der Iller tödlich verunglückt.

verlangt, wenn man an einem solchen Tag wie heute daran erinnert. Das ist notwendig, wenn die Organisation überhaupt klappen soll. Es ist wirklich unwürdig, wie die Bundesgeschäftsstelle untergebracht ist.

Die Jugendlichen müssen angesprochen werden. Mein besonderes Anliegen schon seit über einem Jahre ist, daß wir irgend jemand die Pflege der Beziehungen der CDU zur akademischen Jugend übertragen, damit wir mehr als bisher in die Universitäten hineinwirken. Die akademische Jugend ist linksgesinnt. Wir haben nicht genügend getan für die akademische Jugend. Es ist zwar richtig das Sprichwort: Wer in der Jugend nicht revolutionär war und im Alter nicht konservativ, der hat nicht gelebt. Deswegen ... (*Etzel*¹⁰⁰: Die Jugend ist nicht links!) Ich habe gesagt, die akademische Jugend. (*Etzel*: Auch die akademische Jugend nicht!) Es hat sich herausgestellt, daß nichts mehr überzeugt als ein klar herausgestelltes Programm und Persönlichkeiten, die in der Lage sind, es klar zu vertreten. Das ist eine Folgerung aus dem Wahlsieg für uns. Der diffuse Wahlkampf der anderen Parteien hat auf die Jugend nicht viel Eindruck gemacht.

Gerstenmaier: Noch ein Wort zur Reform insoweit, als sie von Ihnen mitgetragen werden soll. Carlo Schmid¹⁰¹ hat eine elegante Formulierung in der Debatte der SPD gefunden: „Geist vor Kotelett“. Damit wird man auf eine Reihe akademischer Jünglinge Eindruck machen. Damit sind zwar keine 55 % zu erben, aber wir sollten uns nicht nachsagen lassen, daß wir es mit der Parole „Kotelett vor Geist“ gemacht hätten. Wir sollten zwar Wohlstand für alle anstreben, aber unsere Parolen haben in ihrer Argumentation eine gewisse Grenze. Die CDU kann sich nicht darauf verlassen, daß das unsere Zitadelle ist, sondern wir müssen auch bestehen in dem Bereich, den die SPD unter einem Mann wie Carlo Schmid immer anstreben wird. Es handelt sich nicht nur um die Akademiker, sondern auch um einen großen Teil der deutschen Publizisten. Das aber nur als Nebenbemerkung.

VERSCHIEDENES

Gerstenmaier: Nun zur Parlamentsreform! Ausgangspunkt ist die bei der CDU weitverbreitete Überzeugung, daß die Mühle der Gesetze in den nächsten vier Jahren langsamer laufen und weniger produzieren müsse als in den vergangenen acht Jahren. Wer anderer Meinung ist, soll das sagen. Ich bin der Meinung, daß wir unser Soll nicht nur erfüllt, sondern daß wir ein Übersoll geschaffen haben, daß aber manches von dem, was wir als Übersoll geschaffen haben, nicht so ist, daß es für die Ewigkeit bestehen könnte; mit anderen Worten, wir sollten in den nächsten vier Jahren nicht noch einmal

100 Franz Etzel (1902–1970), 1949–1952 und 1957–1965 MdB (CDU), 1957–1961 Finanzminister, 1952–1957 Vizepräsident der Hohen Behörde der EGKS. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 42 Anm. 11.

101 Dr. Carlo Schmid (1896–1979), 1949–1972 MdB (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 189 Anm. 45.

500 Gesetze machen, sondern unseren Ehrgeiz dareinsetzen, manche Gesetze, die wir gemacht haben, zu überprüfen und zu verbessern. Wir sollten weniger auf Quantität, aber mehr auf Qualität sehen. Und dazu brauchen wir Zeit zum Nachdenken. Das Parlament sollte der Regierung die Chance geben, zunächst einmal zu reagieren, und dann sich selber den Gefallen tun, seine Stellungnahme in einer sorgfältigen Denkarbeit zu verbessern und zu qualifizieren.

Wenn man die Sache so sieht, dann ergibt sich daraus die Notwendigkeit einer Parlamentsreform. Damit hängen einige finanzielle Fragen zusammen. Das muß hier ausgesprochen werden. Bis jetzt war die Regelung in bezug auf das Diätengesetz¹⁰² treuherzig so, daß man, je mehr man sich in die Anwesenheitsliste eingetragen hat, um so mehr auch profitierte. Die sitzungsfreie Woche war leider für eine ganze Gruppe ein mißlicher Umstand, den man zu umgehen suchte. Man hatte die sitzungsfreien Wochen mit der Parole beschlossen, daß auch in den Wahlkreisen etwas getan werden müsse. Aber kaum waren die sitzungsfreien Wochen beschlossen, da kamen auch schon soundso viel außerordentlich wichtige Ausschusssitzungen, und wenn man nichts mehr wußte, kamen die Herren mit Reisegenehmigungen usw. usw.

Mir ist etwas auf stillen Jagdgängen eingefallen, wie man davon abkommen kann. Ich hoffe, daß sich unsere Fraktionsführung wie ein Mann dahinterstellt. Kommen wir zu diesem Weg bei der Diätenregelung, dann sind wir ziemlich sicher davor, daß in den sitzungsfreien Wochen noch jemand tagen wird. Jeder Anreiz, Tagegelder zu machen durch Inanspruchnahme von sitzungsfreien Wochen, wird in dieser Richtung wegfallen. Sie erwarten nicht von mir, daß ich Ihnen jetzt meine ausgeknobelten Vorschläge vortrage. Herr Krone und die anderen Führer unserer Fraktion haben sich sehr darüber gefreut. (*Krone*: Aber noch nicht zugestimmt!) Ja, der Mannesmut! Aber Sie werden zustimmen, darauf können Sie sich verlassen.

Eine andere Frage ist – die die Landtagsabgeordneten vielleicht interessiert – folgende: Wenn der Bundestag Gesetze ändert, dann wird das eventuell Konsequenzen in den Ländern haben. Das gilt z.B. für die notwendige Revision der Unkostenabrechnungen, Kilometergelder usw. Es ist ferner eine Arbeitsteilung notwendig. Wir haben doch 520 Abgeordnete. Ich halte es für erforderlich, daß man die bisherigen Ausschüsse um die Hälfte reduziert. Es hat sich herausgestellt, daß unser Koalitionspartner DP erst vom Platz Nummer 28 an zum Zuge kommt.¹⁰³ Wir können aber die Minderheitsklausel in Anspruch nehmen und ihr schon von Nummer 15 einen Platz zugestehen. Wenn man eine Verringerung der Ausschüsse will, muß man sich stark machen im Willen zur Arbeitsteilung. Man muß sich verständigen über eine in der Geschäftsordnung enthaltene Inkompatibilität, d.h., daß gewisse Dinge unvereinbar

102 Gesetz über die Entschädigung der Mitglieder des Bundestages vom 24. Juni 1954 (BGBl II S. 637).

103 Von 1949 bis November 1970 wurden die Stellenanteile der Fraktionen in den Ausschüssen des Bundestages nach dem Höchstzahlverfahren nach d'Hondt berechnet (vgl. dazu DATENHANDBUCH I S. 598f.).

sind. Ich halte es nicht für gut, daß ein Fraktionsführer oder ein Vizepräsident gleichzeitig Ausschußvorsitzender ist. Wozu ist das nötig? Wir haben so viel Leute, die das machen können. Deshalb mein Vorschlag: Inkompatibilitätserklärung zwischen leitenden Männern der Fraktion. Die Mitgliedschaft im Bundespräsidium sollte nicht vereinbar sein mit der Übernahme eines Ausschußvorsitzes. Das ist nicht notwendig, wenn man 520 Abgeordnete hat. Hier kann man zur Arbeitsteilung kommen, die vernünftig ist. Ich rede nicht von der Mitgliedschaft in den Vorständen.

Auch die Frage des Hauptausschusses wird immer wieder diskutiert. Es handelt sich darum, die zweite Lesung in den Hauptausschuß zu verlegen. Ich habe Bedenken, auch wenn man andere Leute in den Hauptausschuß delegiert. Man hat auch keine Gewähr, wenn eine zweite Lesung im Hauptausschuß stattgefunden hat, für die dritte Lesung im Plenum. Kurz und gut, man bekommt dann möglicherweise vier Lesungen; denn all die Ungereimtheiten, die manchmal in der zweiten Lesung passieren, müssen dann wieder ausgebügelt werden. (*Fricke*¹⁰⁴: Muß das hier so ausführlich gesagt werden?) Ich bin gleich fertig. Das Problem des Hauptausschusses ist also offen, außerdem die Frage, wie die Ausschüsse reduziert werden sollen. Wir müssen uns auch mit der Redezeitbeschränkung befassen.

Adenauer: Darf ich an die Ausführungen von Herrn Gerstenmaier anknüpfen. Die Sache ist vielleicht von größerer Bedeutung, als es auf den ersten Blick erscheint. Das Ansehen des Bundestages hat in den vergangenen acht Jahren nicht gewonnen. Darüber muß man sich klar sein. Die Leute auf der Tribüne, die den Sitzungen beiwohnen, müssen glauben – ich will mich vorsichtig ausdrücken –, das ist eine nette Gesellschaft, die raus- und reingeht, Zeitungen liest, sich unterhält usw. Deswegen ist es nötig, hier eine Reform vorzunehmen und gleichzeitig dafür zu sorgen, daß die Dinge, von denen Herr Gerstenmaier gesprochen hat, überlegt werden. Es ist z.B. sehr schlecht, wenn von der Bundesregierung ein Gesetz mit 250 Paragraphen an den Bundesrat geht – nach meiner Überzeugung hätte man von vornherein hundert schon streichen können bei der Bundesregierung – und dann aus dem Bundesrat mit 500 Paragraphen zurückkommt. Betrachten Sie sich das ganze Gesetzgebungswerk; diese Arbeiterei, wie dadurch die Bundesregierung, die Referenten usw. gehemmt werden, weil sie jeder Ausschußsitzung beiwohnen müssen. Das Ganze ist ein höchst unbefriedigender Zustand. Wir können nicht in die Einzelheiten heute eingehen. Das ist Sache des Bundestages. Wir sollten aber als demokratische Partei der Überzeugung Ausdruck geben, daß eine Reform der Arbeit des Bundestages und dadurch auch der Bundesregierung absolut notwendig ist. Ich nehme an, daß Herr Gerstenmaier auch nicht mehr wollte. (*Gerstenmaier*: Nein, ich wollte nur eine allgemeine Unterstützung von Ihnen für diese Notwendigkeit!)

Noch etwas zu den Wahlkreisen! Wir werden in dieser Session des Bundestages eine andere Wahlkreiseinteilung vornehmen müssen. Das ist eine höchst saure Arbeit.

104 Dr. Otto Fricke (1902–1972), 1951–1968 Vorsitzender des CDU-Landesverbands Braunschweig. Vgl. PROTOKOLLE I S. 53 Anm. 31.

Ich bin der Auffassung, daß man die Abgeordneten nicht soviel an Bonn binden und knüpfen soll. Sie sollen auch in ihren Wahlkreisen tätig werden. (*Gerstenmaier*: Und in ihrem Beruf!) Mir liegt noch etwas am Herzen: In fast allen Parlamenten haben die Abgeordneten einen Versorgungsanspruch. (*Zuruf*: Das muß auch hier kommen! – *Gerstenmaier*: Das ist schlecht!) Nein! (*Gerstenmaier*: Ich meine, die Versorgung ist schlecht!) Die Abgeordneten leisten dazu einen gewissen Beitrag. Das andere gibt der Staat. Die Aufstellung neuer Kandidaten und neuer Kräfte überhaupt würde außerordentlich dadurch erleichtert, daß derjenige, der nicht mehr aufgestellt wird, eine gewisse Versorgung hat. Wer nämlich seine politische Arbeit wirklich ernst nimmt, kann seinem Berufe nicht mehr richtig nachgehen. Dann klammert er sich – das ist durchaus menschlich berechtigt und verständlich – an seinen Abgeordnetensitz. Wenn wir diese Versorgung einführen, wird es viel leichter sein, neue Kräfte heranzuholen. Ob es dazu kommen wird, weiß ich allerdings nicht. Zunächst werden wir wohl auf kolossalen Widerstand in der Öffentlichkeit stoßen.

Noch ein Punkt ist nicht erwähnt worden: die Frage der Presse. Eine so große Partei wie die unsrige, die eine solch ungeheure und große Verantwortung hat, hat es außerordentlich schwer, in der Öffentlichkeit durch ihre Presse ihrer Meinung Ausdruck zu geben. Das ist eine Frage, mit der wir uns beschäftigen müssen. Ich wollte der Vollständigkeit halber hier darauf aufmerksam machen.

Ich möchte noch einmal bei Ihnen allen das Gefühl der Verantwortung, das wir haben, wachrufen. Wir haben durch unsere große Mehrheit in diesem zerrissenen und geteilten Deutschland eine so ungeheuer große Verantwortung übernommen, daß wir uns diese Verantwortung tagtäglich vor Augen halten müssen. Wir sind noch kein fertiges Land. Ganz Europa ist noch nicht in Ordnung. Alles das kommt noch auf uns zu. Und wir sind hier die führende Partei. Wir gelten auch in Frankreich, Italien und den Benelux-Ländern als die führende christliche Partei. Man unterscheidet in diesen Ländern eigentlich nur zwischen christlich-liberal und sozialistisch. Das ist auch eine ungeheuer große Verantwortung, die wir als eine Mitgabe bekommen haben bei diesem Wahlsieg.

Deswegen werden Sie verstehen, daß ich am Montag nicht himmelhoch jauchzend war; ich war auch nicht zu Tode betrübt. Wir waren aber sehr befriedigt über diesen Erfolg. Wir haben uns immer wieder vorgestellt, was eingetreten wäre, wenn wir diesen Erfolg nicht erzielt hätten. Sie wissen alle – und ich bitte Sie, das den Landesparteien weiterzugeben –, daß ein solcher Sieg auch eine ungeheure Bürde mit sich bringt, und zwar für jeden, der sich zu unserer Partei rechnet.

Meine Freunde! Es liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir werden aber bald wieder zusammenkommen. Hoffentlich dauert es nicht zu lange, bis Sie die nötigen Unterlagen haben. Es wäre gut, wenn dieses Material vorher mitgeteilt werden könnte, damit sich jeder das ansehen kann und wir hier in eine fruchtbare Diskussion eintreten können.

Jetzt komme ich dazu, zu fragen, welche Indiskretion werden wir begehen?

(*Heiterkeit.* – *Johnen*¹⁰⁵: Es ist doch nichts Wichtiges gesagt worden!) Dann haben Sie nicht zugehört, Herr Johnen. Es ist allerhand gesagt worden. Es sind sogar sehr ernste Worte gesprochen worden. Aber was werden wir der Presse mitteilen? Ich möchte vorschlagen, zunächst einen kleinen Imbiß einzunehmen. In der Zwischenzeit könnten einige Herren mit Herrn Pettenberg ein Kommuniqué ausarbeiten, das wir bekanntgeben werden. Wen schlagen Sie vor? (*Zurufe:* Arnold, von Hassel, Heck und Pettenberg¹⁰⁶.) Gut, die Herren werden ein Kommuniqué ausarbeiten. In etwa einer Stunde werden wir wieder zusammenkommen, um diesem Kommuniqué zuzustimmen.

Pause.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Das Kommuniqué wird noch einmal umgeschrieben. Ich möchte bitten, daß wir für die „Indiskretion“ eine Sprachregelung treffen. Ich weiß nicht, wer von Ihnen jetzt schon eine Indiskretion begangen hat. Es handelt sich um einige Punkte, über die wir uns verständigen müssen.

Zunächst die Parlamentsreform. Wir wollen über die Parlamentsreform draußen nicht sprechen, damit sie nicht dadurch gefährdet wird, daß die Sozialdemokraten sagen, das ist auf einer Vorstandssitzung der CDU gemacht worden, und so etwas machen wir nicht mit.

Der zweite Punkt war unser Verhältnis zu den anderen Parteien. Ich würde vorschlagen, hier zu sagen, daß wir uns mit unseren eigenen Angelegenheiten beschäftigt hätten und nicht mit den Angelegenheiten der FDP. (*Schröder:* Über Koalitionsfragen wurde nicht gesprochen!) Nein! Ich würde sagen, mit den Angelegenheiten der FDP hätten wir uns nicht beschäftigt. Darin liegt auch, daß die FDP zunächst ihre Angelegenheiten selbst zu erledigen hat. Sind Sie damit einverstanden? Was sagen die „FDP-Freunde“ da unten? (*Heiterkeit.* – *Müller:* Wenn wir so formulieren, daß wir uns mit den Angelegenheiten der FDP nicht beschäftigt haben, dann wird die ganze Welt glauben, daß wir uns doch damit befaßt haben.) Das kommt ja nicht in das Kommuniqué. Einige von uns möchten gerne eine „Indiskretion“ begehen. Wenn sie von einem Journalisten gefragt werden, dann können sie ihm mitteilen, wir hätten uns nicht mit den Angelegenheiten der FDP befaßt. (*Müller:* Das ist natürlich etwas anderes!) Weiter nichts! (*Zuruf:* Wir haben uns nur mit unserem Verhältnis zur FDP befaßt.) Nein! Verstehen Sie doch! Die FDP ist z.Z. ein gärender Haufen. Deswegen sagen wir: Wir haben uns mit den Angelegenheiten der FDP nicht befaßt. Die sollen sich mit sich selbst befassen. Wenn wir jetzt überhaupt daran rühren, dann begehen

¹⁰⁵ Wilhelm Johnen (1902–1980), 1947–1966 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU, 1950–1959 Fraktionsvorsitzender, 1959–1966 Präsident), 1951–1963 Vorsitzender des CDU-Landesverbands Rheinland. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 64f. Anm. 27.

¹⁰⁶ Dr. Heinz Pettenberg (1900–1974), Journalist; 1956–1966 Leiter der Presseabteilung der CDU. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 921 Anm. 8.

wir doch eine Dummheit. Wir wollen zum Ausdruck bringen, die sollen ihr Süppchen selber kochen. Wir werden dann sehen, was dabei herauskommt.

Verstehen Sie mich recht, wenn wir nach der einen oder der anderen Seite etwas sagen, nützen wir damit dem einen oder dem anderen Teil der FDP. Nach meiner Meinung sollten wir die sich aber selbst zurechtfinden lassen. Sollen wir uns darauf einigen? (*Zustimmung.*) Herr Heck, können Sie nicht aus dem Kopf etwas über das Kommuniqué sagen?

Heck: Ich habe die schwierige Aufgabe, aus dem Kopf etwas über das Kommuniqué zu sagen. (*Adenauer:* Sagen Sie auch, warum!) Das Komitee, das eingesetzt war, hat eine Resolution ausgearbeitet. Der Herr Kussl¹⁰⁷ ist damit zum Abschreiben weggegangen. Der Herr Bundeskanzler sollte es genehmigen. (*Adenauer:* Ich bin ein Demokrat. Ich werde mich hüten, ein Kommuniqué zu genehmigen, das Sie zu genehmigen haben.) Im Kommuniqué ist zum Ausdruck gebracht, daß sich der Bundesvorstand über den Ausgang der Wahlen ausführlich ausgesprochen hat. Es kommt darin zum Ausdruck, daß der Bundesvorstand mit Genugtuung festgestellt hat, daß es der CDU gelungen ist, bei der Arbeiterschaft, bei der Landwirtschaft, beim Mittelstand, bei den Frauen, bei den Heimatvertriebenen und vor allem bei den jungen Wählern eine außergewöhnlich starke Resonanz zu finden, und daß sie sich als die größte Volkspartei in Deutschland erwiesen hat.

Dann ist davon die Rede, daß mit Verantwortungsbewußtsein und mit Maßhalten an die bevorstehenden Aufgaben herangegangen wird. Weiter steht nichts darin.

Adenauer: Das ist doch sehr viel! Meine Damen und Herren, wollen Sie noch warten? (*Heck:* Das Kommuniqué wurde zur Presse geschickt. Es wird gleich zurückkommen. – *Zimmer*¹⁰⁸: Das Wort „Maßhalten“ wird in Bayern falsch verstanden. – *Lebhafte Heiterkeit.*) Ja, meine Damen und Herren, Sie sind also einverstanden? (*Zustimmung.*) Dann sind wir für heute fertig, und ich darf die Sitzung schließen.

107 In der Vorlage: Kusel. – Dr. Adolf Kussl (1897–1960), Journalist; 1949–1960 Deutschland-Union-Dienst (1950 und ab 1951 Chefredakteur).

108 Dr. Alois Zimmer (1896–1973), 1957–1965 MdB (CDU), 1951–1957 Innen- und Sozialminister von Rheinland-Pfalz. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 5 Anm. 26.